Nummer 2 — Stuttgart, 11. Januar 1930 — Auflage 960 000 — 48. Jahrgang

B. I. T. - I. L. O. 22 I. 30 PÉRIODIQUE

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 62841

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt

Nach dem Zollkampf

Von Dora Fabian

Bevor der Reichstag in die Weihnachtsferien ging, hat er einer neuen Zollvorlage seine Zustimmung gegeben, die recht erhebliche Belastungen nicht allein für die arbeitenden Massen, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft enthält.

Am 31. Dezember 1929 war der sogenannte kleine Zolltarif abgelaufen. Die Notwendigkeit seiner Verlängerung wurde von den bürgerlichen Parteien als willkommene Gelegenheit benutzt, mit der nötigen Neuregelung die Erhöhung einiger wichtiger Positionen zu verlangen. Zwar sind längst nicht alle Wünsche der Zollfreunde erfüllt worden — vor allem gelang es, die Erhöhung der Textilzölle, die in der Regierungsvorlage vorgesehen war, zu verhindern —, dennoch bleibt aber genügend übrig, um die Lebenshaltung der breiten Massen zu verschlechtern.

Die „grüne Front" ging in ihren Wünschen von der erheblichen Senkung des Roggenpreises nach den guten Ernten der letzten Jahre aus. Sie wollte die Gelegenheit benutzen, den Zoll für sämtliche Agrarprodukte automatisch zu erhöhen. Das wurde dadurch verhindert, daß es der Sozialdemokratie gelang, für Roggen und Weizen anstelle des starren Zolls den Gleitzoll durchzusetzen. Der Sinn des Gleitzollsystems beruht darin, daß die Höhe des Zollsatzes sich den Schwankungen des Weltmarktpreises anpaßt. Dadurch soll eine Preisstabilisierung erreicht werden. An und für sich muß der Arbeiterschaft viel an der Ausschaltung der ständigen Preisschwankungen liegen. Es erscheint aber außerordentlich zweifelhaft, ob bei dem heutigen wirtschaftlichen System dieses Ziel erreicht werden kann. Die bisherigen Erfahrungen, die andere Länder, insbesondere England mit dem Gleitzoll gemacht haben, sprechen nicht dafür. Der Zoll paßt sich nicht automatisch dem veränderten Weltmarktpreis an, sondern soll nach dem neuen Gesetz innerhalb eines Zeitraumes von jeweils vier Monaten von der Regierung festgesetzt werden. Damit ist dem Ernährungsministerium eine sehr erhebliche Macht in die Hand gegeben; ob es diese Macht nicht einseitig für die Landwirtschaft ausnützt, bleibt abzuwarten. Solange der private Getreidehandel nicht auszuschalten ist, bleiben die spekulativen Termingeschäfte unvermeidlich. In den Beratungen des Reichswirtschaftsrats über die Zollvorlage wurde auch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Parteien im Handel, wenn sie nicht große Verluste erleiden wollen, mit allen Mitteln dahin streben müssen, den Zollsatz aufrechtzuerhalten, der beim Abschluß ihres Termingeschäfts in Geltung war. Der an sich sehr gesunde Gedanke der Preisstabilisierung durch den gleitenden Zoll kann erst dann in vollem Umfange wirksam werden, wenn der private Handel beseitigt, das heißt das staatliche Getreidemonopol, das die Sozialdemokratie seit langem erstrebt, geschaffen ist.

Der Roggenzoll, der bisher 6 ℳ je Doppelzentner betrug, ist jetzt auf 3 bis 9 ℳ bei einem Richtpreis von 230 ℳ die Tonne festgesetzt. Bei dem heutigen Preisstand von 180 ℳ würde also anstelle des bisherigen Sechsmarkzolls der Neunmarkzoll treten. Anders liegt es beim Weizenzoll. An die Stelle des jetzigen Satzes von 6,50 ℳ ist der Gleitzoll von 3,50 bis 9,50 ℳ bei einem Richtpreis von 260 ℳ getreten. Infolge der Knappheit auf dem deutschen Weizenmarkt steht der Weizenpreis bereits jetzt auf 284 ℳ, wird aber in Kürze bis auf 300 ℳ hinaufgehen. Bei derartig hohen Preisen ist der hohe Zollsatz, der in dem neuen Gesetz enthalten ist, völlig ungerechtfertigt. Mit den Getreidezöllen ist auch der Mehlzoll erhöht worden, und zwar von 14,75 ℳ (das ist die Höhe, die durch den französischen Handelsvertrag festgesetzt war) auf 17,50 ℳ. Ganz abgesehen davon, daß bei dieser Zollhöhe dem Handelsvertrag mit Kanada erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen, muß notwendig mit erhöhtem Mehlzoll auch der Brotpreis steigen. Aus all diesem ergibt sich, daß die ganze Zollvorlage auf einer Hochhaltung der Preise aufgebaut ist; während trotz des durch die gute Ernte gesunkenen Roggenpreises der Brotpreis sich nicht um einen Pfennig gesenkt hat, ist das Ergebnis der prächtigen Ernte Brotpreissteigerung. Wir sind weit davon entfernt, einseitig den Verbraucherstandpunkt zu vertreten, halten es aber einfach unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Vernunft für toll, daß gute Ernten Preissteigerungen und damit Konsumrückgang im Gefolge haben.

Eine weitere Belastung des Verbrauchers wird durch die Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle herbeigeführt. Der Fleischzoll ist durch das neue Gesetz von 37,50 auf 45 ℳ erhöht worden. Daneben spielen die Industriezölle eine Rolle. Konnten zwar auch die meisten abgewehrt werden, so bleiben noch immer zwei erhebliche Belastungen. Die eine liegt in der Erhöhung der Schuhzölle. Die Industriellen führten zum Beweise für ihre Notwendigkeit den ausländischen Wettbewerb, vor allem den des Tschechoslowaken Bata an. Aber in den letzten Monaten ist die Einfuhr erheblich zurückgegangen, die Ausfuhr gestiegen. Damit gerät also dieser Grund in Wegfall. Die wahre Ursache für die schlechte Lage in der deutschen Schuhindustrie liegt hauptsächlich in dem zu geringen Verbrauch in Deutschland. Während in Amerika der Verbrauch an Schuhen jährlich je Kopf 4 bis 5 Paar beträgt, entfällt auf den deutschen Verbraucher im Durchschnitt nur 1 Paar. Die Zollerhöhung und die damit notwendig verbundene Preissteigerung wirkt also wiederum jeder wirtschaftlichen Vernunft entgegen: anstatt die Lage der Industrie durch Ausweitung des inneren Marktes zu heben, wird die Konsumkraft weiter eingeschränkt.

Als völlig sinnwidrig erscheint auch die Einführung des Aluminiumzolls. Das Aluminium war bisher eines der ganz wenigen Produkte, die Zollfreiheit genossen. Es bestand aber ein Einfuhrverbot. Nachdem die Weltwirtschaftskonferenz die Ein- und Ausfuhrverbote aufgehoben hat, melden die Aluminiumkapitalisten ihre Zollwünsche an. Sie verlangten ursprünglich 25 ℳ, begnügten sich aber schließlich mit 12 ℳ. Während man auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf von dem allgemeinen Zollabbau, von einem Zollfrieden auf mindestens drei Jahre redete, ist der erste greifbare Erfolg dieser Konferenz die Einführung eines neuen Zolls. Besonders eigenartig ist die Begründung. Während bei allen anderen Zöllen bestehende Verhältnisse angeführt werden, spricht die Aluminiumzollforderung davon, daß „zu befürchten ist" oder „mit Sicherheit damit gerechnet werden kann", daß gewisse Marktveränderungen eintreten werden. Die so verschämt angedeutete „amerikanische Gefahr" hat als Schreckgespenst seinen Zweck erfüllt. Die Aluminiumkapitalisten haben ihren Zoll, die deutschen Verbraucher ihre Mehrbelastung.

Der Zollkampf ist nur vorläufig beendet. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß beim Wiederzusammentritt des Reichstags die Reihe der Zollwucherer aufs neue antreten wird. Nach ihrem Erfolg zu fragen ist eigentlich überflüssig angesichts der Zusammensetzung des Parlaments. Die Arbeiterschaft wird kräftig in die Kreise der Zollwucherer fahren müssen, um wenigstens einen Teil ihrer Forderungen unerfüllt zu lassen.

Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit

Hier wurde schon wiederholt daran erinnert, daß deutsche Unternehmer stark in Schwarzmalerei machen. Das haben sie dermaßen besessen getrieben, daß sie es allgemach selbst glauben. Durch die ständige Miesmacherei ist, leicht verständlich, der wirtschaftliche Stand der Dinge erheblich verschlechtert worden. Das anerkennen auch namhafte bürgerliche Blätter. Die Frankfurter Zeitung schreibt beispielsweise: „Bei uns überbieten sich manche Syndici in einem Zusammenbruchsjargon, der kaum irgendwie in der Welt seinesgleichen kennt ... Bei uns gilt es beinahe als vaterländische Pflicht, die Elendsschalmei zu blasen, obwohl sich die Reparationsgläubiger durch noch so ehrliche Nachweise dieser Art noch nie haben erweichen lassen ... Es ist höchste Zeit, daß wir uns besinnen und aufhören, durch Suggestion das Vertrauen in die eigene Kraft zu untergraben."

Die deutschen Unternehmer sind demnach vom wirtschaftlichen Zipperlein übermannt. Das ist natürlich ihre eigene Sache. Sie werden sich wohl nicht einbilden, daß es auch die Arbeiter sein müssen. Wenn die großen Wirtschaftsführer nicht wissen sollten, wie sie aus dem selbstverschuldeten Dalles herauskommen, so sollten sie sich auf den Altenteil zurückziehen. Die organisierten Arbeiter werden sich bemühen, den genialen Herren zu dem längst verdienten Ruhestand zu verhelfen. Was sie alles nur in den letzten drei Jahrfünften angerichtet haben, übersteigt den Grad der Erträglichkeit gleiche Male. Die Arbeiterschaft muß leben, und das ist nur möglich, wenn das unfähige Unternehmertum verschwindet. Diese Binsenwahrheit gilt besonders auch für die große Drangsal der kapitalistischen Mißwirtschaft, für die Arbeitslosigkeit, die die Herren offenbar nicht einmal mildern können, von der Beseitigung ganz zu schweigen.

Die durchschnittliche Höhe der Arbeitslosigkeit hat sich seit 1926 ständig gehoben. Wenn wir die letzten acht Vorkriegsjahre zum Vergleich heranziehen, so bewegte sich die Kurve der Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1,5 vH als Mindestmaß und 4,8 vH als Höchstmaß. Die Schwankungsbreite betrug also 3,3 vH. In den fünf Jahren seit der Stabilisierung beträgt aber das Mindestmaß 3,5 vH und das Höchstmaß 22,6 vH. Mithin ist die Schwankungsbreite auf 19,1 vH angewachsen.

Der Konjunkturzyklus wird immer kürzer und löst das stoßweise Anschwellen und Wiederabstürzen des Beschäftigungsgrades aus. Die Rationalisierung der Produktion ist als eines der großen Gründe anzusehen. Die Schwankungen des Arbeitsmarktes gehen aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

	Arbeitslosenversicherung	Krisenunterstützung	Arbeitslose vH	Kurzarbeiter vH
Januar	2 246 000	145 359	19,4	8,2
April	1 125 968	198 780	11,1	6,6
Juli	710 499	158 096	8,6	6,5
August	725 757	157 245	9,0	6,7
September	748 610	161 635	9,6	6,5
Oktober	889 492	171 642	11,0	6,7
November	1 200 396	186 683	13,8	7,3

Im Durchschnitt war die Arbeitslosigkeit 1929 um 200 000 höher als 1928. Dessenungeachtet ist die Produktion im Vorjahre auf einer sehr hohen Stufenleiter vor sich gegangen. Das Ausmaß der Produktion war mindestens so hoch wie 1928. Das Konjunkturinstitut nimmt sogar an, daß die Gütererzeugung im ganzen größer gewesen ist als im Jahre zuvor. Rückgänge in einzelnen Teilen der Wirtschaft wurden durch Produktionssteigerungen in anderen Wirtschaftszweigen mehr als ausgeglichen.

Die Stundenlohnsätze sind im verflossenen Jahre weiter gestiegen. Doch erfolgte die Steigerung in sehr geringen Ausmaßen. Folgende Zusammenstellung ermöglicht einen Vergleich zwischen der Lohnentwicklung und den Lebenshaltungskosten:

	Stundenlöhne in Pfennig gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	Lebenshaltungskosten 1913/14=100
Januar	108,1	81,2	158,1
April	108,6	81,8	158,6
Juli	111,0	88,6	158,4
Oktober	111,2	88,7	158,5
November	111,4	88,9	158,0

Wie obige Zusammenstellung zeigt, ist der durchschnittliche Stundenlohn für gelernte Arbeiter um 8 ₰ gestiegen, für ungelernte etwas weniger. Die Lebenshaltungskosten sind ungefähr gleich geblieben. Demnach müßte eine wenn auch geringe Erhöhung der Reallöhne eingetreten sein. Allein die amtliche Aufstellung der Lebenshaltungskosten erfaßt nicht den gesamten Bedarf einer Arbeiterfamilie. Es fehlen u. a. Steuern und soziale Leistungen. Dazu ist der Lebenshaltungsindex auf die kargsten Bedürfnisse abgestellt. Immerhin können es die Gewerkschaften als einen nicht geringen Erfolg betrachten, daß die Löhne angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht nur gehalten, sondern noch etwas erhöht wurden.

Das Wirtschaftsprogramm des IGB

I.

„Die Arbeiterklasse ist gewillt, die Entwicklung der Produktivkräfte zu fördern. Sie verwirft aber auf das entschiedenste die kapitalistischen Methoden, bei denen durch Druck auf die Kaufkraft der arbeitenden Massen Widersprüche zwischen der Erweiterung der Produktion und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Märkte entstehen, deren Folgen Wirtschaftskrisen und dauernde Arbeitslosigkeit sind."

Diese Sätze, die den Kernpunkt des kapitalistischen Wirtschaftselends bloslegen, stehen in dem vor einigen Monaten ausgearbeiteten Wirtschaftsprogramm des IGB. So ist es: wir wollen die Vermehrung der Produktivkräfte; die will der Kapitalismus auch, aber er wendet dazu Methoden an, die die Kaufkraft der arbeitenden Massen niederhalten. Infolgedessen kann er die wachsende Menge der Produkte nicht absetzen, nicht in den Konsum bringen, und daraus entspringen die Krisen mit ihren schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens und mit den Verheerungen, die sie über die Arbeiter bringen. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum, das stets weitere Zurückbleiben des Konsums hinter der Produktion, das ist der innerste Krankheitsherd der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Um nun aus dieser Erkenntnis die richtigen Schlüsse zu ziehen, dürfte es nützlich sein, die Art und Weise, wie der Kapitalismus bei der Steigerung der Produktivkräfte verfährt, noch etwas näher zu betrachten.

Um die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern (das heißt die Produktivkräfte zu entwickeln), gibt es natürlich im einzelnen Fall mancherlei Mittel, je nach Lage der Sache, einen Kunstgriff hier, die Verbesserung eines Werkzeugs dort, die praktischere Anordnung der Geräte, die zweckentsprechendere Aufstellung des Arbeitenden selbst usw. Doch das kommt alles erst in zweiter Reihe, ist Folge und Ableitung des einen großen Mittels, das durch die Jahrhunderte fortgewirkt hat und immer noch weiter wirkt, das ist die „Vergesellschaftung" der Arbeit. Dabei braucht man noch nicht an vollendeten Sozialismus zu denken, obgleich der natürlich das schließliche Ziel ist. Sondern vergesellschaftet wird die Arbeit jedesmal, wenn eine Tätigkeit, die bis dahin vereinzelt ausgeübt wurde, mit anderen Tätigkeiten in Zusammenhang gebracht wird. Eine Vergesellschaftung ist es, wenn der Ackerbauer aufhört, sich seine Geräte selbst zu schmieden und zu zimmern, sein Haus selbst zu bauen, seine Kleider selbst zu schneidern und sich all das von Handwerkern machen läßt. Eine Vergesellschaftung ist es, wenn die bis dahin verstreut lebenden Handwerker von dem „Verleger" des späten Mittelalters in einer Werkstatt vereint werden, um dort beieinander zu arbeiten. Eine Vergesellschaftung ist es, wenn aus dem nur räumlichen Beieinandersein in derselben Werkstatt ein planmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten wird, so daß der eine diesen Teil des Werkstücks macht, der andere jenen, während ein Dritter zuletzt die Teile zusammenstellt usw. Man braucht nur einen Fabrikbetrieb unserer Tage zu vergleichen etwa mit einem mittelalterlichen Handwerker, der allein in seiner Werkstatt saß, so wird klar, wie sehr seitdem die Arbeit „vergesellschaftet" ist. Und wie ungeheuer dadurch ihre Produktivität gewachsen ist. Je größer die Zahl derer, die zusammenarbeiten, und je planmäßiger ihr Hand-in-Hand-Arbeiten, desto größer die Produktivität.

Etwas anderes als diesen ständigen Fortschritt der Planmäßigkeit der Arbeit hat das Kapital zur Steigerung der Produktivität auch nie getan und tut es auch heute nicht. Wer die Entwicklung der Produktivkräfte fördern will, dem ist dieser Weg vorgezeichnet: immer weiter getriebene Vergesellschaftung

Aus dem Inhalt

Seite
Nach dem Zollkampf — Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit — Das Wirtschaftsprogramm des IGB 9
Einstellung auf Probe — Die Grossverdiener verstehens 10
Bearbeitung von Reinaluminium — Aus der Praxis des Kupferschweissens — Das elektrische Licht in der Hühnerfarm 11
Das Kind vor der Ehe — Was Goethe und Schiller verdienten 12
Reichsbeirat der Betriebsräte und Konzernvertreter 13
Oasen in der Wüste — Lebensversicherung im Tarifvertrag — Die „zeitweiligen" Einstellungen 15
Konferenz des Bezirks Stuttgart 16

der Arbeit; immer mehr Arbeiter zusammenzubringen und ihr Zusammenarbeiten immer planmäßiger zu gestalten.

Dieser an sich ganz geradlinige Weg der Entwicklung hat nun aber unter der Herrschaft des Kapitalismus Vorgänge gezeitigt, die dieser Wirtschaftsweise eigentümlich sind.

Sitz der Produktion ist unter dem Kapitalismus der Privatbetrieb. Dessen Sache also ist die weitere Steigerung der Produktivität. Im Bewußtsein des Privatunternehmers lebt dabei einzig und allein der Gedanke, seine Selbstkosten zu ermäßigen (oder, was auf dasselbe hinauskommt, seinen Profit zu steigern). Wie verfährt er dabei? Er trachtet unablässig, seinen privaten Betrieb zu vergrößern. Dadurch nämlich wächst die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die für ihn zusammenarbeiten, und ihre Produktivität wird größer. Diese allgemein wirtschaftliche Wirkung ist dem Privatunternehmer freilich gleichgültig; die meisten wissen wahrscheinlich nichts davon. Er weiß nur, daß für ihn die Produktion (nämlich die Herstellung der gleichen Menge Waren) dadurch billiger wird.

Aber wieso wird sie billiger? Weil er zur Herstellung derselben Warenmenge weniger Arbeit braucht. Eine Werkstatt für 10 Mann kostet nicht 10mal soviel wie für einen; der Verbrauch an Beleuchtung, Heizung, aber auch an Maschinen, Werkzeugen wächst nicht im selben Verhältnis wie die Arbeiterzahl und wie das Produkt usw. Wer im Betriebe steht, kennt das aus eigener Erfahrung. Es ist also das Kapital selbst, es sind die Privatunternehmer selbst, die die Vergesellschaftung der Arbeit immer weitertreiben. Wie weit sie sie schon getrieben haben, liegt heute klar vor aller Augen. Vor 20 Jahren begegnete man noch ungläubigem Staunen, wenn man diese Dinge vortrug. Heute leben wir in der Welt der Kartelle, der Trusts, der Riesenkonzerne, der Monopole. In einem einzigen Menschenalter hat die Vergesellschaftung der Arbeit unerhörte Fortschritte gemacht, so daß es heute als Binsenwahrheit gilt, daß wir mit wachsender Geschwindigkeit aus der sogenannten „freien" in die „gebundene" Wirtschaft übergehen. Es ist nur das, was die Marxisten seit mehr als einem Menschenalter vorausgesagt haben.

Dieser Übergang ist nun aber mit einer so starken Niederhaltung und Herabdrückung des Konsums verbunden, daß es nachgerade ebenfalls schon aller Welt auffällt. Die Tatsachen sind bekannt, wir wollen nur kurz zeigen, wie es unter dem Kapitalismus dazu gekommen ist.

Die Vergrößerung der Produktion (die ja, wie soeben gezeigt, Voraussetzung ist für die Entwicklung der Produktivkräfte) geschieht unter dem Kapitalismus in der Weise, daß der Profit nicht ganz verzehrt, sondern ein Teil davon zur Vergrößerung des Kapitals verwandt wird. Das leuchtet ohne weiteres ein und würde auch bei jeder anderen Wirtschaftsweise ebenso sein: von dem, was über den Bedarf hinaus produziert ist, wird ein Teil zu vermehrter Produktion verwandt. Aber auch das zeitigt unter dem Kapitalismus eigentümliche Folgen.

Zunächst wütet unter den Kapitalisten die Konkurrenz, die zu fortgesetzter Aufsaugung der kleineren Kapitale durch die größeren führt, weil die größeren selbstverständlich billiger wirtschaften können (denn sie verfügen über eine größere Anzahl Arbeitskräfte). Dadurch werden fortgesetzt Kapitalisten enteignet, sei es durch offenen Bankrott, sei es indem sie Angestellte des größeren Kapitals werden. Sie müssen also ihren Konsum einschränken.

Sodann schwellen die Massen Mehrwert (Profit), die zur Erweiterung der Produktion gebraucht werden, von Jahr zu Jahr in immer gewaltigerem Maßstabe an. Hier handelt sichs um ein einfaches Rechenexempel: je größer das schon vorhandene Kapital, desto größer die neuen Kapitalmassen, die dazugeschlagen werden müssen. Wer im Betriebe steht, begreift ohne weiteres, daß man nicht beliebig an der einen oder anderen Stelle ein Stückchen Mehrproduktion anflicken kann: es muß das planmäßig, organisch geschehen. Will man zum Beispiel die Stahlproduktion vermehren, so kann man nicht eine kleine veraltete Bude anbauen, sondern es muß ein ganz modernes, mit den neuesten technischen Einrichtungen versehenes Stahlwerk sein, so groß wie nur irgend möglich, weil es ja nur dann so billig wie nur irgend möglich produzieren kann. Denn das Kapital muß sich verwerten, das heißt der Profit muß eine bestimmte Mindestgröße im Verhältnis zum Kapital haben. Ist nun im folgenden Jahr das vorhandene Kapital um so viel größer, dann ist die Mehrwertmasse, die ihm zufließen muß, ebenfalls entsprechend größer. Wenn zum Beispiel ein Kapital von 100 (das können 100 Millionen Mark sein) in einem Jahr um 20 wächst, also am Ende des Jahres 120 groß ist, so muß es, um nur im selben Verhältnis sich zu vergrößern, im folgenden Jahr um 24 wachsen. Immer größer also werden die Mehrwertmassen, die zum Kapital geschlagen werden müssen, und entsprechend weniger Mehrwert bleibt für den Konsum übrig. Dies braucht keine tatsächliche (absolute) Abnahme des Konsums zu sein, aber es ist auf alle Fälle eine verhältnismäßige (relative) Abnahme, und das genügt für die Erschwerung des Absatzes: die Produktion schwillt durch die eben geschilderten Vorgänge in wachsendem Maße und der Konsum folgt langsamer nach.

Dazu kommen nun die verheerenden Folgen für die Arbeiterschaft. Sie heißen Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit. Eben weil die Produktion immer billiger wird, wird die Arbeitskraft entwertet. Hierin braucht noch kein Nachteil für die Arbeiter zu liegen. Denn es bedeutet an sich bloß, daß die Waren billiger werden, die der Arbeiter zum Lebensunterhalt braucht. Selbst wenn nun der Lohn im gleichen Verhältnis abnimmt, würden Lebenshaltung und Konsum der Arbeiter darum noch nicht schlechter. Aber mit steigender Produktivität wird die Arbeit einfacher, so daß Frauen und Jugendliche in immer weiterem Umfang verwendet werden. Außerdem werden mit steigender Produktivität überhaupt weniger Arbeitskräfte gebraucht. Es entsteht die Armee der Arbeitslosen, und diese wachsende Konkurrenz der Arbeiter untereinander übt die traurigsten Wirkungen auf die Lohnhöhe aus. Daher verringert sich der Konsum der beschäftigten Arbeiter oder wächst zum mindesten viel langsamer als die Produktion. Und die Arbeitslosen können natürlich noch viel weniger verbrauchen.

Das sind die Gründe, weshalb unter dem Kapitalismus der Konsum nicht mit der wachsenden Produktion Schritt hält. Selbstverständlich begann diese Entwicklung an dem Tage, da der Kapitalismus begann. Aber auf Jahrhunderte hinaus wirkte sie nur relativ, das heißt der Konsum wuchs nicht so schnell wie die Produktion, aber er wuchs doch. Die Absatzschwierigkeiten begannen deshalb nicht sofort, nicht in den Zeiten des Kleinkapitalismus, die für Deutschland bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu rechnen sind. Dann aber, sofort mit dem beginnenden Großkapitalismus machten sie sich sehr empfindlich fühlbar. Sie waren es, die die Geschwindigkeit der Vergesellschaftung — in Form der Kartelle, Syndikate, Trusts usw., auch der Aktiengesellschaften — ungemein beschleunigten. Fast scheint es, als ob wir heute, nach dem Weltkrieg an jenem Punkt kapitalistischer Entwicklung angelangt sind, wo die Zahl der Beschäftigten und mit ihnen der Konsum absolut abzunehmen beginnt.

Aus diesen Zusammenhängen gilt es die richtigen Schlüsse für das praktische Verhalten der Arbeiterbewegung zu ziehen.

Einstellung auf Probe

Es wird leider immer mehr üblich, Arbeiter „auf Probe" oder für einen kurz bemessenen Zeitraum — etwa vier oder sechs Wochen — einzustellen. Während bei der letzteren Abrede, der Einstellung auf Zeit, die Rechtsverhältnisse klar sind, liegen sie bei der probeweisen Einstellung verzwickter.

Bei der Einstellung auf eine bestimmte Zeit endet das Arbeitsverhältnis mit Ablauf der vereinbarten Frist. Soll es weiter gelten, dann ist dazu die stillschweigende oder ausdrückliche Zustimmung beider Teile erforderlich. Beispiel: Ein Arbeiter ist auf vier Wochen eingestellt. Nach Beendigung dieser Zeit erfolgt die Entlassung, ohne daß vorhergehende Kündigung nötig ist. Wird aber der Arbeiter nach Ablauf der vier Wochen weiterbeschäftigt, dann gelten für das Arbeitsverhältnis die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Arbeiter des Betriebes oder Gewerbezweiges. Also die Bestimmungen des Tarifvertrages, der Arbeitsordnung, auch der Gewerbeordnung oder die sonstigen betriebs- oder berufsüblichen Bedingungen. Der Unternehmer wird vielleicht versuchen, die erstmalige zeitlich befristete Beschäftigung erneut zu vereinbaren. Jedoch hat sich in der Rechtsprechung die Ansicht durchgesetzt, daß solche Wiederholung eine Umgehung des Kündigungs-Einspruchsrechtes darstellt und darum rechtsunwirksam ist.

Nicht so einfach liegen die Dinge bei der Einstellung auf Probe. Hier muß man unterscheiden zwischen befristeter und unbefristeter Probebeschäftigung. Ein Beispiel soll den Unterschied klarmachen. Kollege Schulze wird auf vierzehn Tage zur Probe eingestellt. Bereits am ersten Tage stellt sich heraus, daß Schulze sich für die Arbeit nicht eignet. Trotzdem kann der Unternehmer die Entlassung erst nach Ablauf der vierzehn Tage vornehmen. Denn der Arbeitsvertrag besteht auf diese Zeit. Bei früherer Entlassung würde Schulze den Rechtsanspruch auf Lohn für die vereinbarte Zeit — hier also vierzehn Tage — haben. Nur wenn Schulze einen Grund zur fristlosen Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung geben würde, könnte der Unternehmer das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der vereinbarten Zeit lösen.

Vielfach ist der Irrtum vorhanden, bei probeweiser Einstellung könne jederzeit Entlassung erfolgen, auch vor Ablauf der vereinbarten Probezeit. Diese Ansicht ist falsch, wie wir an unserm Beispiel zeigten. Jederzeitige Auflösung des auf eine bestimmte Zeit eingegangenen Probearbeitsverhältnisses ist nur dann möglich, wenn das ausdrücklich vereinbart wurde. Also der Unternehmer stellt Schulze auf vierzehn Tage zur Probe ein und sagt dabei ausdrücklich: „Ich behalte mir aber vor, das Arbeitsverhältnis auch vor Ablauf von vierzehn Tagen wieder zu lösen." In diesem Falle besteht der Rechtsanspruch auf Beschäftigung oder Lohnzahlung für die ganze Dauer der Probezeit nicht, beide Teile können vom ersten Tage ab das Verhältnis wieder auflösen.

Wenn das Probearbeitsverhältnis auf mindestens vier Wochen vereinbart ist, dann kommt für seine vorzeitige Auflösung auch noch § 124a der Gewerbeordnung in Frage. Hiernach kann die fristlose Aufhebung des Arbeitsverhältnisses auch aus „wichtigen Gründen" erfolgen. Was ein wichtiger Grund ist, wird nirgends im Gesetz gesagt, doch ergeben sich aus der Rechtsprechung gewisse Richtlinien. Für jeden Fall anwendbare Grundsätze lassen sich jedoch hier nicht aufstellen.

Was hat aber Geltung, wenn das Probearbeitsverhältnis über die Probezeit hinaus entweder stillschweigend oder ausdrücklich fortgesetzt wird? Das ist schnell gesagt. Dann liegt kein Probearbeitsverhältnis mehr vor, sondern der Arbeitsvertrag hat den allgemein für den betreffenden Betrieb oder Beruf geltenden Inhalt bekommen. Es gelten also dann der Tarifvertrag, etwaige Betriebsvereinbarungen, Einzelabreden und letzten Endes auch die Gewerbeordnung. Der Arbeiter muß sich dann darum bekümmern, was Geltung hat, um unterrichtet zu sein.

Auch bei der probeweisen Einstellung auf unbestimmte Zeit kommt es auf die besonderen Vereinbarungen an. Sagt der Unternehmer zum Arbeiter nur: „Ich stelle Sie zur Probe ein," dann gelten für die Lösung dieses Arbeitsverhältnisses die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Arbeiter des Betriebes oder des Berufes, es kommt unter Umständen auch die vierzehntägige Kündigungsfrist nach der Gewerbeordnung in Frage. Bei der Probeeinstellung auf unbestimte Zeit muß aber stets die Aufkündigung des Arbeitsvertrages erfolgen, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst werden soll. Eine Ausnahme davon kommt nur in Frage bei fristloser Entlassung aus einem der in § 123 der Gewerbeordnung genannten Gründe.

Wir lassen hier die besonderen Beschränkungen, die sich aus der Gesetzgebung für Probearbeitsverträge bestimmter Gruppen (Handlungsgehilfen, Schwerbeschädigte, Lehrlinge) ergeben, außer Betracht. Für unsere Zwecke genügt das allgemein gültige. Der Arbeiter, dem das etwas zweifelhafte Glück probeweiser Einstellung zuteil wird, muß bei der Vereinbarung der Bedingungen genau so gut acht geben, wie jeder andere Arbeiter auch, der in eine neue Arbeitsstelle eintritt. Vor Gericht müssen etwaige Vereinbarungen bewiesen werden. Mit dem guten Glauben, man fühle sich im Recht, kommt der Arbeiter gemeinhin nicht weit. Darum Augen und Ohren auf, auch bei Abschluß eines Arbeitsvertrages auf Probe! Ric.

Die Großverdiener verstehens

Die sonst an sich ruhige und wahrhaftig nicht unbescheidene Zeitschrift des Verbandes der Sekretäre, Assistenten usw. der Deutschen Reichsbahn schreibt den Industriebaronen folgendes ins Stammbuch:

„Genügt es diesen Herren nicht, daß die ganzen Verhandlungen beim Zustandekommen des Young-Planes deutschterisch ausschließlich von Vertretern des Kapitals und der Industrie geführt wurden? Darf der Arbeiter, darf der Beamte die Vertretung seiner Interessen gar nicht mehr wagen? Müssen doch gerade diese Schichten die Reparationslast am härtesten fühlen. Der Großindustrielle leidet trotz allem keine Not.

Da wagen es die Vertreter von Großverdienern und Gewinnlern, das Reichsbahnpersonal im Kampfe um die nackte Existenz in solch dreister und brutaler Form beiseite zu drängen? Welche andere deutsche Volksschicht hat es bisher so wie die Schwerindustrie verstanden, Innen- und Außenpolitik auf den ihrem Gewinnstreben passenden Generalnenner zu bringen, alles nach der Seite ihres Vorteils zu biegen und in Rücksichtslosigkeit und Willkür über alle Not des Volkes und Vaterlandes hinweg ihre kapitalistische Macht auszubauen?

Dieser kapitalistischen Macht fehlt zu ihrer Vollkommenheit nur noch der Schlußstein, der nach Ansicht jener Schichten in der ungehinderten Diktatur auf dem Gebiete der Lohn- und Gehaltspolitik der Reichsbahn liegt. Hier zu drücken, möglichst niedrig zu halten, Rechtsfragen und Arbeitsbedingungen nach eigenem System zu regeln, das ist für diese Kreise das Ideal der Zukunft."

Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Die Konsumgenossenschaft als sozialpolitische Bahnbrecherin

Im Reichstag ist ein Antrag angenommen worden, den Ladenschluß am Tage vor Weihnachten auf 6 Uhr festzusetzen. Die Lebensmittelgeschäfte sollen um 6 Uhr schließen. Dadurch kommen die zahlreichen Angestellten in den Genuß einer genügenden Freizeit vor dem Fest. Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und zahlreiche Verbände und Organisationen versuchen die Wirksamkeit dieses Beschlusses zu hintertreiben. Hoffentlich wird ihnen das nicht gelingen. Die Konsumgenossenschaften werden von der Frage des früheren Ladenschlusses stark berührt. Ihre Stellung ist jedoch eine ganz andere. Die Konsumgenossenschaft Berlin gab gleich bekannt, daß sie am Weihnachtsheiligabend ihre gesamten mehr als 300 Abgabestellen um 5 Uhr schließen werde. Dabei ist diese größte deutsche Verbraucherorganisation nicht stehen geblieben.

Vom Januar 1930 an werden die Lebensmittel- und Fleischabgabestellen an Sonnabenden bereits um 6 Uhr geschlossen. Nur für die fünf Warenhäuser bleibt der 7 Uhr-Ladenschluß bestehen. Durch Rundfragen hat die Konsumgenossenschaft Berlin festzustellen versucht, ob die Mitglieder mit diesem früheren Ladenschluß einverstanden sind. Diese haben in ihrer Mehrheit kundgetan, daß sie bereit sind, ihre Einkäufe Sonnabends früher zu machen. Daraufhin konnte die Verwaltung den Beschluß fassen, die Verkaufszeit Sonnabends um eine Stunde zu verkürzen. Was der Privathandel ganz allgemein in schroffster Form ablehnt, führt die größte deutsche Konsumgenossenschaft durch. Das muß der gesamten deutschen Arbeiterschaft ein Ansporn sein, die Konsumgenossenschaften mit allen Mitteln zu unterstützen.

Ein Kilo Brennholz bedeutet ein Kilo Hafer

Seit längerem werden eingehende Versuche unternommen, durch die Hydrolyse, ein sogenanntes Verzuckerungsverfahren, aus Holz Kraftfuttermittel zu gewinnen. Professor Bergius, der bei dieser Erfindung den größten Anteil hat, machte kürzlich bei einer Tagung des Reichsforstwirtschaftsrats darüber nähere Angaben. Die Fütterungsversuche mit dem neuen Produkt hätten ergeben, daß es einen beträchtlichen Teil von Mais und Gerste ersetzen kann. Neben den Futtermitteln könne aber noch Essigsäure in größerem Umfange gewonnen werden. Zur Verarbeitung kommen nicht teure Holzsorten, sondern einfach Brennholz, wie Reisig usw. Wenn man bedenkt, daß jährlich 3 bis 4 Millionen Tonnen Gerste und Mais eingeführt werden müssen, so kann durch einen solchen Ersatz von künstlichen Futtermitteln die deutsche Handelsbilanz wesentlich entlastet werden. Die zu errichtenden Fabriken brauchten nur einen geringen Satz des deutschen Holzverbrauchs, etwa 3 bis 5 Millionen Raummeter zu verarbeiten. Überdies könne im industriearmen Osten eine neue Industrie aufgebaut werden. Eine Mischung von Kartoffelflocken und Holzzucker ergebe ein Produkt, das etwa den gleichen Nährwert wie die Kartoffel habe, aber wesentlich billiger sei. Professor Bergius betonte noch, daß der Nährwert eines Kilo Brennholzes gleich dem Nährwert eines Kilo Hafers sei. Das sind außerordentlich günstige Aussichten. Hält die neue Holzveredlungsindustrie das, was sie verspricht, so kann die deutsche Wirtschaft dadurch außergewöhnlich viel gewinnen.

Wie die Arbeiterbank wächst

Es ist ein günstiges Zeichen für die von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen gemeinwirtschaftlichen Betriebe, daß die meisten von ihnen sich in einem ununterbrochenen Wachstum befinden. Das zeigt vor allem die Entwicklung der Bank der Arbeiter. Sie hat sich das Vertrauen des arbeitenden Volkes in weitestem Maße erworben. Wie selbst in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit die Arbeiterbank zu wachsen vermochte, zeigen die Einlagen. Sie stiegen von Januar bis Oktober von 117 auf 154 Millionen Mark. Das ist eine Entwicklung, die man bei der Gründung der Bank sicher nicht vorausgesehen hätte. Ein großer Teil der Mittel ist flüssig und sofort greifbar angelegt. Die Arbeiterbank hat Kredite in Höhe von 92 Millionen Mark gegeben. Der größte Posten, im ganzen rund 52 vH, entfällt auf öffentlich-rechtliche Körperschaften, wie Staaten, Provinzen, Kommunen und Sozialversicherungsinstitute. Die eigenen Betriebe der Arbeiterschaft erhielten Kredite, die 42,48 vH ausmachen. Der gemeinnützige Wohnungsbau nimmt an dieser Kreditmasse mit rund zwei Drittel teil. An der Kreditgewährung der Arbeiterbank sieht jeder, wie das Geld verwandt wird. Es wird entweder an öffentlich-rechtliche Einrichtungen oder an gemeinnützige mit der Arbeiterschaft in Verbindung stehende Betriebe und Gesellschaften ausgegeben. Dies sollte jeden veranlassen, sein Geld der Arbeiterbank anzuvertrauen, sofern er nicht bereits bei den Konsumgenossenschaften ein Sparguthaben besitzt.

Lohnpfändung

Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Lohnpfändung ist der Arbeitslohn bei wöchentlicher Auszahlung bis zur Summe von 45 ℳ, bei täglicher Auszahlung bis zu 7,50 ℳ und, soweit er diesen Betrag übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Muß der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Gatten, Verwandten, unehelichen Kinde (nicht Vertrags-)Unterhalt gewähren, so erhöht sich der beschlagnahmefreie Mehrbetrag für jede Person um ein Sechstel, höchstens jedoch zwei Sechstel, so daß bestenfalls zwei Drittel des Mehrbetrages pfandfrei bleiben.

Der unpfändbare Lohnbetrag ist jedoch nicht aus dem zur Auszahlung gelangenden Entgelt, sondern aus dem Gesamtlohn zu errechnen. Die für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogenen Summen stellen einen Teil des Lohnes dar. Die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern sind Aufwendungen, die der Lohnempfänger machen muß. Die Versicherungsbeiträge sind in gleicher Weise notwendig wie die Ausgaben für Kleidung, Nahrung, Wohnung; sie sollen den Lohnempfänger gegen die Folgen von Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit schützen. Diese Ausgaben würden erfahrungsgemäß bei Lohnvereinbarungen oder -festsetzungen berücksichtigt, seien also für die Höhe des Lohnes von Bedeutung. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sind daher als notwendige Kosten der Lebenshaltung anzusehen. (Aus einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.)

Liefert der Unternehmer dem Arbeiter Lebensmittel, Feuerung, Wohnung usw., so ist er berechtigt, die gestundeten Beträge hierfür bei der Lohnzahlung auch auf den gegen Pfändung und Beschlagnahme geschützten Lohnteil anzurechnen. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 13. März 1929.) E.

Technik und Werkstatt

Bearbeitung von Reinaluminium

Eines der am schwersten zu bearbeitenden Metalle ist das Aluminium. Schon die Bearbeitung mit Schneidwerkzeugen ist bedeutend schwieriger als zum Beispiel die des Kupfers. Die Flächen schmieren beim Feilen, beim Hobeln reißen die Werkzeuge gern ein und beim Bohren wird das Material oft durchgedrückt. Will man Aluminium zweckmäßig bearbeiten, so ist es am besten, statt der Feile die Schleifscheibe zum Ebnen zu verwenden. Man kann durch gröbere oder feinere Korundscheiben leichter und rascher ebenschleifen, als es mit der Feile möglich ist. Vor allem ist das Schleifen billiger. Um beim Drehen ein Einreißen des Werkzeuges zu verhüten, dürfen nur seine Späne abgetrennt werden. Das Werkzeug muß spitzwinklig geschliffen und mittels Stahlhalters mit nach oben verlaufender eingesetzter Schneide versehen sein. Die Schnittgeschwindigkeit soll ebenfalls eine um die Hälfte höhere als bei Messing sein, wogegen die Schaltgeschwindigkeit eine entsprechende kleinere sein muß.

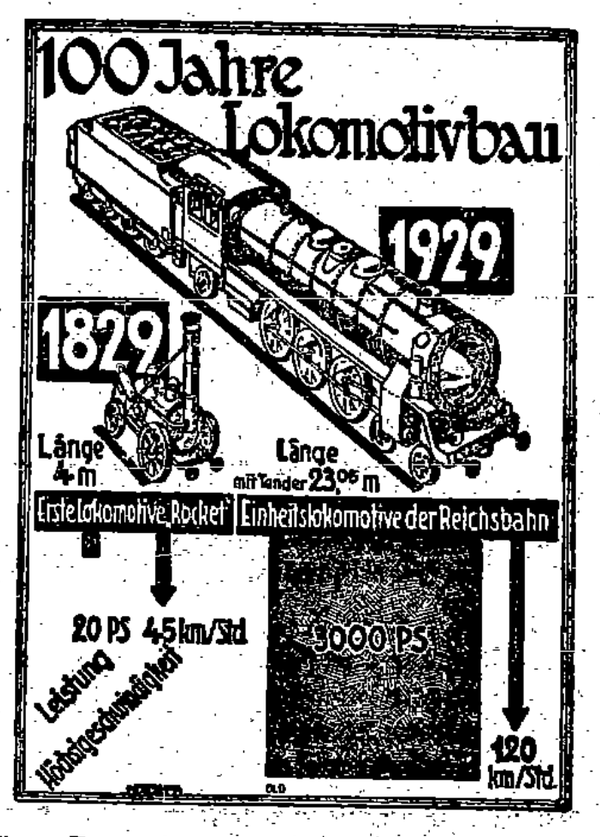
Die Werkzeuge schmiert man am besten mit Petroleum. Auch beim Fräsen ist ein kleiner Schnittwinkel einzuhalten, wenn die Fläche glatt werden soll. Zum Bohren eignet sich ein Drillbohrer, der einerseits mit gesteigerter Geschwindigkeit, anderseits aber mit vermindertem Vorschub arbeiten soll. Wird der Vorschub zu stark gewählt, so besteht die Gefahr des Durchdrückens. Das Gewindeschneiden erfolgt am besten auf der Drehbank, weil das Schneiden mittels Kluppe leicht zu Durchreißungen führt. Sägen kann man Reinaluminium auf der Kreissäge, doch soll das Blatt gegen die Mitte zu dünner sein. Rotation etwa 300 Touren/Min. Beim Drücken von Reinaluminium auf der Drückbank muß man auf einwandfrei polierte Druckstähle besonders achten. Rauhe Stähle reißen in das weiche Material und man hat beim nachherigen Hochglanzpolieren die größte Mühe, die tiefen Risse zu entfernen. Auch darf das Material nicht weiter als etwa drei Zentimeter um die Futter gelegt werden, weil bei mehr Stoff sich Falten bilden, die nicht mehr oder nur schwer herausgedrückt werden können, in den meisten Fällen sogar zum Durchreißen des Materials führen. Erst die letzten fünf bis sieben Zentimeter eines Hohlgegenstandes kann man ohne Gefahr auf einmal an das Futter legen und dann erst glatt drücken.

Bei allen Zusammenfügungsarbeiten muß darauf geachtet werden, daß Aluminium mit anderen Metallen irgendwelcher Art eine galvanische Kette bildet, wobei das Aluminium die Lösungselektrode ist, also zerstört wird. Man schraube und niete Aluminiumteile stets mit Aluminiumschrauben oder -Nieten zusammen und nehme immer isolierende Unterlagen zwischen Schraube und Gegenstand. Wie erwähnt, soll Aluminium mit anderen Metallen nicht in direkte Berührung kommen, damit sich keine galvanische Kette bilden kann. Eine Forderung, die jedoch nicht immer erfüllt werden kann. Daraus ergibt sich, daß beim Löten niemals Gewähr dafür gegeben werden wird, daß die Verbindung auch dauerhaft ist. Man lötet deshalb auch Aluminium so wenig wie möglich und schweißt statt dessen, weil bei der Aluminiumschweißung nur Reinaluminium oder doch wenigstens fast nur reines Aluminium zur Verwendung gelangt, wodurch die Bildung einer galvanischen Kette fast ganz ausgeschlossen wird.

Muß aus besonderen Gründen gelötet werden, so ist die zu lötende Stelle genau wie beim Schweißen sauber zu schaben und die beiden Verbindungsstellen stark zu erwärmen. Zweckmäßig ist es außerdem, eine Unterwärmestelle derart zu schaffen, daß man auf einem heizbaren Tisch schweißt oder lötet. Erst wenn das Material stark angewärmt worden ist, trägt man das Flußmittel auf den Lötstab, der zuvor ebenfalls ganz stark erhitzt wurde und hält ihn samt der Flamme über die Löt- oder Schweißstelle. Das Flußmittel läuft wie Wasser und das Lot gleich danach wie Silber auf die Verbindungsstelle. Um sicher zu gehen, kann man die Temperatur des Materials messen, bevor man lötet oder schweißt. Sie muß etwa 400 Grad betragen, wenn die Schweiß- oder Lötstelle haltbar sein soll. Wenn auch eine starke Erwärmung des zu verbindenden Materials notwendig ist, so darf die Temperatursteigerung keine allzu hohe sein.

Man kann beim Schweißen oder Löten oft die Beobachtung machen, daß zwar die eigentliche Verbindungsstelle nach dem Hämmern gut ist, daß aber das Material ein oder zwei Zentimeter seitlich bricht. Die Ursache liegt in der Regel an einer zu starken Erwärmung, durch die eine Rekristallisation erzeugt wird. Lotstäbe sind vor Gebrauch zu beizen, damit anhaftende Oxyde die Güte der Schweißstelle nicht beeinträchtigen. Hierzu verwendet man eine Lösung aus einem Liter Wasser mit 50 Gramm Flußsäure. Man taucht die Stäbe ein, schwenkt sie zehn Sekunden hin und her und spült sie dann schnell in kaltem Wasser ab. Sie sind nun silberweiß. Zum Schweißen soll man auch nicht jedes beliebige Gas verwenden. Am besten eignet sich Flaschengas. Die Menge des mitzuverwendenden Sauerstoffes muß derart gering gehalten werden, daß keine Oxydation eintreten kann. Die möglichst klein zu haltende Flamme darf mit ihrem weißen Kern nie das Metall berühren; es soll nur der äußere Flammenkern mit dem Metall in Berührung kommen. Zum Schweißen und Löten bringt der Handel alle möglichen Lote, Pasten und Verfahren auf den Markt. Der Fachmann muß sich mehr auf die eigene Erfahrung verlassen und vor allem seine Arbeit mit viel Feingefühl ausführen; denn Art des Lotes, der Paste, der Flamme usw. wird sich stets nach der Reinheit und der Stärke des zu lötenden oder zu schweißenden Materials richten.

Um geschweißten oder gelöteten Aluminiumgegenständen ein schönes Aussehen zu geben, müssen sie entweder mattgebeizt oder geschliffen werden. Man kann hierfür in der Fachpresse mancherlei Verfahren finden, doch sind die wenigsten solche, die praktisch erprobt sind. So ist es zum Beispiel verkehrt, beim Schleifen von fertigen Aluminiumgeschirren Öl oder Fett zu verwenden. Derartige Gegenstände setzt man auf ein Holzfutter, spannt das Futter auf eine Dreh- oder Drückbank, nimmt einen Bogen grobes Schmirgelpapier und läßt den Gegenstand ablaufen. Man erhält nun sofort einen absolut glänzenden Schliff, den man mit feinerem Schmirgelpapier noch vertiefen kann. Jede weitere Behandlung wird bei diesem Verfahren überflüssig.



In diesen Tagen sind es 100 Jahre, seit die „Rocket", die erste brauchbare Lokomotive des Lord George Stephenson, bei der Wettfahrt bei London den Sieg davontrug. Mit 20 PS erreichte dieses damalige Wunder der Technik doch schon eine Stundengeschwindigkeit von 45 Kilometer, heute rasen die D-Züge auf gerader Strecke mit 120 Stundenkilometern über das glatte Schienenband. 60 Millionen beträgt der Wert des rollenden Materials, das jährlich nur in Deutschland produziert wird.

Wird statt dessen Öl oder dergleichen verwendet, dann werden die Flächen schmierig und erfordern eine zeitraubende Nachbehandlung.

Auch das Mattbeizen von Aluminium ist ganz einfach. Man taucht die Gegenstände etwa zehn Sekunden in heiße Natronlauge — ein Liter Wasser, 100 Gramm Ätznatron —, spült in reinem Wasser gut ab, taucht hernach in fünfprozentige Flußsäure, spült wieder rasch in kaltem, dann in heißem Wasser ab und trocknet sofort in reinem Sägemehl. Die Ware erhält auf solche Weise einen absolut gleichmäßigen, silberweißen, matten Ton.

Das alte Verfahren des Mattierens von Reinaluminium mittels Stahldrahtbürste wird nur noch dort angewendet, wo die neueren chemischen Verfahren nicht bekannt sind. Das Mattschlagen ist unrentabel und sollte nur noch dann angewendet werden, wenn man Kontraste auf einer Oberfläche erzielen will. Da das Mattschlagen einen dunkelgrauen Ton erzeugt, so kann man neben einem reinen silberweißen Matt starken Kontrast schaffen, der jedem Auge gefällt. Wenn bei der Bearbeitung von Aluminium Mißerfolge erzielt werden, so wird das in manchen Fällen nicht am Verfahren liegen, sondern am Metall selbst. Gewöhnlich lassen sich zwar Aluminiumlegierungen leichter bearbeiten als Reinaluminium; aber sobald die chemischen Verfahren in Anwendung gebracht werden müssen, zeigen sich Mißerfolge. So lassen sich zum Beispiel die meisten Aluminiumlegierungen nicht in einer der oben angeführten Lösungen weißbeizen. Legierungen von Aluminium müssen stets in einer Salpetersäure-Wasser-Lösung 1 zu 5 weißgebeizt werden. Alle anderen Zusammensetzungen erzeugen einen dunkelgrauen Überzug.

Nach Art des Gegenstandes, der aus Aluminium hergestellt werden soll, richtet sich die jeweilige Bearbeitungsart. Es kann also unter Umständen vorkommen, daß man zum Beispiel beim Löten oder Schweißen von Motorbootskörpern nicht Wärme von unten zuführt, sondern die beim Schweißen entstehende Wärme ableiten muß und dergleichen. Man erreicht das durch untergelegte Kupferschienen. Damit soll lediglich gesagt sein, daß bei Ausführung aller Arbeiten erst alle Vorbedingungen genau in Erwägung gezogen werden müssen. Der Arbeiter soll sich an keine Norm halten, sondern gefühlsmäßig arbeiten und auf alle Nebenerscheinungen genau achten, die ihn allei instand setzen, zweckmäßig zu arbeiten.

E. W.

Aus der Praxis des Kupferschweissens

Da es mir vergönnt war, an einem staatlichen Schweißkursus teilzunehmen, so will ich versuchen, meine Eindrücke meinen Kollegen verständlich zu machen.

Neben dem Eisen ist das Kupfer das wichtigste Metall, das für die vielseitigsten Zwecke Verwendung findet. Der Schmelzpunkt des Kupfers liegt bei 1070 Grad Celsius, der Siedepunkt bei 1500 Grad Celsius. Kupfer im erhitzten Zustand verbindet sich leicht mit dem Sauerstoff der atmosphärischen Luft und bildet dann das sogenannte Kupferoxydul, das sich zuerst an der Oberfläche zeigt, aber sich dann im Urmetall auflöst. Da beim Schweißen von Kupfer der Schweißer die allergrößte Vorsicht walten lassen muß, so ist es nicht immer leicht festzustellen, ob das Urmetall in seinem Anfangsstadium verbrannt ist. Die Farbe des Kupfers ist helles Lachsrot, bei oberflächlicher Oxydation tritt dunkles Kupferrot hervor. Bei Versuchen an Kupferschweißungen kann man, wo Verbrennungen des Materials vorliegen, feststellen, wie der lachsrote Bruch in eine dunkelziegelrote Bruchstelle übergeht.

Vor allem ist bei Schweißungen von Kupfer das richtige Einstellen der Schweißflamme wichtig. Etwaiger Gasüberschuß ist nicht nötig. Reduzierend wirkende Schweißflamme verwandelt etwa vorhandenes Kupferoxydul in Kupfer um. Da wir aber aus der Praxis wissen, daß eine längere Wärmebeeinflussung die Schweißdüse verengt, so tritt naturgemäß ein Sauerstoffüberschuß ein, der dann den Verbrennungsprozeß des Kupfers fördert.

Wie kann sich nun ein Schweißer in solchen Fällen helfen? Wir wissen, daß Schweißbrenner mit Sauerstoffüberschuß einen violetten Schein von sich geben. Da heute noch die meisten mit Schutzbrillen versehen sind, die in ihrem Farbton nicht den Anforderungen entsprechen, so ist nicht immer leicht, herauszufinden, ob ein Sauerstoffüberschuß vorhanden ist. Man hat sich nun neuerdings mit einem Schutzglas befaßt, mit dem sich einwandfrei feststellen läßt, ob Sauerstoffüberschuß vorhanden ist. Man nennt diese Gläser „Hallauer Nr. 66 und 67". Sie sind im Farbton der Sonnenschutzbrillen. Man wird ja nun sagen, daß es eine Unmöglichkeit sei, mit diesem Glas zu arbeiten. Ich selbst konnte mich im Anfang auch nicht gleich daran gewöhnen, bearbeite aber jetzt mit dieser Schutzbrille sämtliche Metalle.

Um einwandfreie Schweißungen herzustellen, muß man sich mit der großen Dehnbarkeit des Kupfers vertraut machen. Der Dehnungskoeffizent des Kupfers beträgt 0,0015, das heißt ein Temperaturunterschied von je 100 Grad Celsius bewirkt eine Vergrößerung der Maße, die für jeden Meter Länge 1,5 cm beträgt, und da der Schmelzpunkt des Kupfers bei 1070 Grad Celsius liegt, muß man mit einer Dehnung des Materials zwischen dem kalten und dem geschmolzenen rechnen, die 1,5 × 10,7 = 16,05 cm je laufenden Meter beträgt. Da aber das Wärmeleitungvermögen des Kupfers sehr hoch ist, so verteilt sich die Dehnung auf jene Maße des Materials, die am meisten im Bereich der Erwärmung liegt. Man teilt, um auf die richtigen Werte zu kommen, die 16,05 cm durch 2, so daß man auf den laufenden Meter mit 8,5 cm Spannung rechnen muß.

Bei starkrandigem Material, je nach Lage und Art, ist ein Abschrägen in V- oder X-Form notwendig. Durch einen geeigneten Kupferzusatzstab, der einen bestimmten Satz Phosphor enthält, führt man unter ständigem Umrühren des Schmelzbades den Schweißprozeß fort. Der im Zusatzstab befindliche Phosphor wird sich unter Desoxydation von Kupferoxyden mit diesem verbinden. Er bildet auf der Oberfläche ein zähes Häutchen, das den Sauerstoff der atmosphären Luft abschließt. Ein derartig gutes Zusatzmaterial haben wir im Canzler-Kupfer. Diese Kupferstäbe bestehen aus reinem Elektrolyt-Kupfer, Phosphor und Silber.

Nach vollendetem Schweißprozeß ist es unbedingt nötig, die ganze Schweißnaht abzuhämmern, um dem Kupfer eine größere Festigkeit zu geben. Man lasse sich aber niemals verleiten, noch rotwarme Nähte zu hämmern, da leicht Haarrisse eintreten. Bei solchen Vorkommnissen muß dann das ganze Werkstück nochmals ausgekreuzt werden und der Schweißprozeß fängt von vorn an.

Welche Erfolge und Unterschiede in gehämmertem und ungehämmertem Kupfer zutage treten, an einem Beispiel: Ein Streifen Kupfer 400 × 40 × 13 ergab eine Festigkeit von 15350 kg je qcm nach gehämmertem Schweißen. Ungehämmert dagegen nur 3575 kg je qcm. Aus dem Urmetall 18 420 kg je qcm. Daraus kann man schon sehen, daß durch das Hämmern fast die Festigkeit des Urmetalls erreicht wird.

W. Lehnert.

Das elektrische Licht in der Hühnerfarm

Der Umstand, daß die Hühnerfarmen immer mehr dazu übergehen, in den Ställen elektrische Beleuchtung einzurichten, hat zu eigenartigen Auffassungen geführt, die zeigen, daß die Rolle, die das elektrische Licht bei der Eiererzeugung spielt, noch wenig verstanden wird. Gibt es doch Leute, die ganz ehrlich glauben, ein elektrisch beleuchteter Hühnerstall sei gleichbedeutend mit „ein Ei je Henne und Tag mehr". Tatsächlich hat aber auf dem Gebiet der Eiererzeugung nur die Fütterung einen Wert und die Rolle, die die Elektrizität spielt, ist mehr eine behelfsmäßige, in gewissem Sinne ein Teil des Fütterungsproblems. In den bei uns üblichen Wintern haben die Hennen, die höchstens 10 Stunden Schlaf benötigen, zu viel Dunkelheit; denn es sind ja nur die Stunden des Tageslichtes, in denen sie herumlaufen und fressen können. Da nun die Beleuchtung der Hühnerställe im Winter die Gelegenheit zur Bewegung und Nahrungsaufnahme erhöht, so werden, damit zusammenhängend, die Hennen für das Eierlegen günstig beeinflußt. Wenn so auch der elektrische Strom nicht gerade unmittelbar für die Eiererzeugung verantwortlich zu machen ist, so ist doch leicht einzusehen, daß er ohne Einfluß auf die Gesamtzahl der Eier ist, die eine Henne während ihrer Lebensdauer legt; er regelt nur die Zeit der Erzeugung und ihren wirtschaftlichen Wert.

Es kommt hier in Betracht, daß der Preis für ein frisches Ei im Winter viel höher ist als im Sommer und der Unterschied die zusätzlichen Kosten für elektrisches Licht und Futter mehr als ausgleicht. Für die Anlage werden in der Regel 40 Wattlampen mit Reflektor verwendet, die in etwa 1,7 m Höhe und in Abständen von 3 m anzuordnen sind. Eine fast unumgänglich notwendige Einrichtung ist dabei ein mit einem Uhrwerk verbundener Schalter, der in den Stand setzt, die Tiere regelmäßig ohne Dazwischenkunft einer Person abends und morgens mit Licht zu versorgen, also den Tag zu verlängern.

r.

2300 harte Schläge in der Minute

Der durchschnittliche, mit einem Hammer und einem Meißel ausgerüstete Arbeiter führt in der Minute 50 oder 60 mehr oder weniger wirksame Schläge aus. Ein neuer elektrischer Hammer, der soeben auf dem nordamerikanischen Markt erscheint, bringt es bis zu 2300 harten Schlägen in der Minute. Dieser Hammer ist imstande, eine Stufe von 0,3 × 3 m in einem 30 cm starken Eisenbetonflur in 8 Stunden ein Loch von 2,5 cm Durchmesser in Beton mit einer Geschwindigkeit von 7,5 cm in der Minute, bei Ziegel sogar mit einer solchen von 20 cm in der Minute einzuhämmern. Der Hammer wiegt nur 7 kg und ist mit einer Steckerschnur versehen, die man in eine gewöhnliche Steckdose steckt; man hält den Kolbengriff, zieht am Zugschalter und alles andere besorgt diese neue handliche, einfache und arbeitsparende elektrische Maschine.

Familie und Heim

Das Kind vor der Ehe

Erzählung von Anna Mosegaard

„Alles in der Welt, nur keine Kinder!" pflegte Frau Petra Hansen zu sagen, wenn sie mit den Nachbarinnen plaudernd im Hausflur stand.

„Da mögen Sie wohl recht haben," stimmten die jungen Mütter ihr zu. „Was haben wir denn von unseren jungen Jahren? Nichts als schlaflose Nächte und Kinderquarkerei. Kaum daß man aus dem Hause kommt."

„Na, vergessen Sie nicht, Frau Nielsen, daß wir doch auch viele schöne Stunden mit unseren Kindern haben. Man sollte nur nicht eins aufs andere kriegen, dann ließe ich mir die Sache schon gefallen."

„Eins aufs andere! Da sind Sie doch selbst schuld daran," lachte Frau Petra und trippelte auf ihren Stelzschuhen davon, um ihren Mann vom Geschäft abzuholen.

Ach ja, Frau Petra Hansen hatte es gut. Ihr Mann war in einer sicheren Stellung, sie hatten ihr gutes Auskommen. Hansens gingen viel aus, sie aßen des Sonntags gern auswärts, des Abends saßen sie auch nicht gern zu Hause, da war ja stets irgendwo Konzert oder man ging ins Theater oder ins Kino. Frau Petra trug stets die Kleider nach der neuesten Mode. Sie war immer guter Laune. Dann kamen aber auch hin und wieder Stunden, die für sie nicht so ganz nach ihrem Geschmack waren. Das war an den Tagen, wo ihr Mann für seine Firma auf Reisen ging. Dann saß Frau Petra so allein zu Hause; das wollte ihr absolut nicht gefallen. Dann verschlang sie wohl einen kitschigen Roman nach dem andern, stickte bald ein Sofakissen, bald ein paar Pantoffeln für Schatzi. Trotzdem erschien ihr die Zeit endlos lang. Dann geschah es oft, namentlich in der Dämmerstunde, daß ihre Gedanken auf Irrwege gingen, wie sie dies Hindämmern selbst nannte. Dann war sie gar nicht mehr die vielbeneidete, lebenslustige Frau Petra, ach nein, da war sie die unbefriedigte, einsame Frau, die sich nach ihrem Kinde sehnt. Nach ihrem Kinde? —

O still, um Gottes willen, damit nur kein Mensch etwas davon erfährt. Denken durfte sie ja daran, nur nicht sprechen davon. Nein, zu niemanden darf sie reden, nicht mal zu ihrem Mann, weil er stets böse wird, wenn sie auch nur die leiseste Andeutung davon macht.

Die vielbeneidete kinderlose Frau Petra ist nämlich gar nicht kinderlos. Sie hat ein Kind, ein liebes kleines Mädel, nur muß sie es verleugnen, darf sich niemals zu ihm bekennen. So wollen es die Eltern, so will es ihr Mann, und sie hat eingewilligt damals in der schweren Stunde, wo alles auf sie einstürmte. Da galt es zu leugnen, zu heucheln, damit mir die Leute nichts merkten. Sie hatten ja damals noch nicht heiraten können. Ihr Mann war kaum 20 und sie 18 gewesen. Ach, damals war es ihr so leicht erschienen, sich des kleinen Wesens, das ihr nichts als Leid und Qual gebracht hatte, zu entledigen. Es war ja in gute Pflege gekommen. Die Eltern waren so froh gewesen, daß niemand etwas gemerkt hatte, hatten die Pflegemutter reichlich abgefunden. Und Petra — sie war eigentlich sehr froh gewesen, daß sie die Last los war. Nur hatte es sie ein klein wenig gekränkt, daß es ihrem Manne nicht ein einziges Mal danach verlangt hatte, sein Kind zu sehen. Er kümmerte sich nicht um kleine Kinder — „er wolle seine Petra und nichts anderes", hatte er sich entschuldigt.

Petra hatte sich still gefügt. Und sie hatte es ja auch gut gekriegt. So gut, daß man sie allgemein beneidete um ihr Glück. Nach einer Fehlgeburt in der Ehe war sie kinderlos geblieben. Nach Aussage der Ärzte würde sie nie mehr ein Kind empfangen. Nun, hierüber hatte sie sich auch weiter keine Gedanken gemacht, wenn nur die Sehnsucht nach ihrem Mädchen nicht gar so sehr an ihr gerupft und gezerrt hätte. Ja, wenn sie sich doch nur ein einziges Mal mit jemanden darüber aussprechen könnte! Vor Jahren hatte es sie einst so gepackt, daß sie, als ihr Mann eine längere Zeit auf Reisen war, einfach auf und davon ging. Sie wollte ihr Kind sehen, mochte es ihr gehen, wie es wollte. An einem Maienmorgen wars gewesen. So genau noch, als sei es gestern gewesen, sah sie den Bauernhof vor sich im Sonnenschein liegen. Ein weißes Zicklein hüpfte über den Weg, ein drolliges Dirnlein tollte hinterdrein. Verwundert blieb das Kind stehen, als es die fremde Dame gewahrte. Petra blickte in ein Paar große dunkle Augen, sie sah den eigensinnigen Mund, die frche Stupsnase und wußte sofort, dort steht dein Kind, es gleicht im Äußern ganz dem Vater. Trotzig warf das Mädel die braunen Zöpfe in den Nacken und rannte davon, dem Zicklein nach. Petra wollte rufen, schreien, das Kind in ihre Arme schließen. Da fiel ihr ein, daß sie ja nicht einmal wußte, wie ihr Kind hieß. Man hatte es ihr ja genommen, als es kaum acht Tage alt gewesen war, und damals hatte niemand daran gedacht, sie zu fragen, welchen Namen man dem Kinde geben solle. Damals galt es einzig, das Kind so schnell wie möglich loszuwerden, damit nur ja nichts davon unter die Leute kam. All dies fiel Petra jetzt wieder ein. Noch heute fühlte sie die Schamröte in ihrem Gesicht brennen, als sie das Kind, ihr eigenes Kind nach seinem Namen gefragt hatte. Das Kind hatte sie so feindselig angesehen und ihr die Zunge herausgestreckt, trotzig hatte es geschwiegen. Zum Glück war Frau Wille herausgetreten und Petra hatte sich zu erkennen gegeben. „Geh, Dora, gib der Tante die Hand," hatte Frau Wille zu dem Kinde gesagt. „Nr, ich mag nicht," hatte es grämmelt, und war davongerannt. Frau Wille hatte dann noch ein endloses Klagelied angestimmt darüber, wie trotzig und verschlagen das Mädel sei. Hätte sie damals gewußt, was für Ärger ihr der Balg machen würde, hätte sie sich das Geld lieber nicht verdient.

Mit einer Schwäche in den Beinen war Petra gegangen, schnurstracks zur Bahn und war sofort nach Hause gefahren. Schluchzend hatte sie ihrem Manne von ihrer Reise und der Begegnung mit ihrem Kinde erzählt. Er hatte sie tüchtig ausgescholten, und sie hatte es ihm versprechen müssen, nie wieder so etwas zu tun. Petra hatte sich still gefügt. All seine Angst galt dem Leuten und seinem Chef. Nein, es ging einfach nicht an, daß man sich dem Gerede der Leute aussetzte.

„Unser Kind hat es nicht gut," hatte sie aufgeschluchzt aus tiefster Seelennot. Da hatte er ein paar Hundertmarkscheine auf den Tisch gelegt. „Da schick der Alten das, das ist das beste Mittel, und nun will ich nichts mehr hören von der Geschichte, verstanden?"

Und Petra hatte geschwiegen bis auf den heutigen Tag, und sie würde es auch nie mehr wagen, zu ihrem Manne je wieder von dem Kinde zu sprechen, so schwer es ihr auch wurde.

Die Uhr schlug sieben. Petra machte Licht. Es war doch nicht gut, so lange Dämmerstunde zu halten. Gelangweilt griff sie nach einem Modeblatt. Ein paar Konfirmandinnen zeigten sich ihr in weißen Kleidern. Da packte sie es von neuem. Konfirmandin! Wie alt mochte ihr Kind wohl jetzt sein? Damals, als es geboren wurde, da war sie achtzehn gewesen, jetzt zählte sie zweiunddreißig. Mithin mußte es jetzt vierzehn Jahre alt sein. Vierzehn Jahre! Ihr Mädel schon vierzehn Jahre! Sie hatte schon eine so große Tochter. Das würde ihr niemand glauben. Hielt man sie doch oft für eine Fünfundzwanzigerin.

Frau Petra atmete tief und schwer. Was würde nun aus ihrem Mädel werden? Eine Kuhmagd vielleicht. Das gab ihr einen schmerzhaften Stich. Wenn das Kind sich nun gar nicht fürs Land eignete? Wenn es sich nicht zurecht fand in dem weltabgeschiedenen Harzdörfchen? Sie selbst hätte sich nie fürs Dorf geeignet. Sie hatte doch da einmal einen Roman gelesen, wo solch ein armes ausgesetztes Kind, das dem Liebesbund eines Geigers und einer Tänzerin entsprossen war, aufs Land kam, und trotzdem es bei reichen Bauern war, sich doch nie dort heimisch fühlen konnte, so daß es elend zugrunde ging.

Die Jahre gingen und kamen. Um Petra wurde es immer stiller und einsamer, da ihr Mann jetzt meist auf Reisen war. Darum hatte sie sich ein Hündchen angeschafft. Als Frau Petra 47 Jahre zählte, starb plötzlich ihr Mann. Auf der Reise hatte er sich eine Erkältung zugezogen, eine Lungenentzündung folgte und die hatte ihn schnell hinweggerafft. Nun war sie ganz allein. Materielle Not litt sie nicht. Ach nein, ihr Mann hatte gut für sie gesorgt. Sie vergoß heiße Tränen. Schlimmer als die Trauer plagte sie die Langweile, die Inhaltlosigkeit ihres Lebens. Da versuchte sie es mit Wohltätigkeit. Das half so gut wie gar nicht. Petra wurde mit jedem Tage wunderlicher, wie die Leute es nannten. Sie wußten es ja nicht, wie die alternde Frau litt unter der Leere ihres Lebens. Frau Petra wurde ernstlich krank, gemütskrank, und alle Mixturen halfen nicht. Der Arzt riet ihr zu reisen. Luftveränderung müsse sie haben.

„Reisen? Wohin soll ich reisen?" hatte sie weinerlich gefragt.

„Einerlei, nur heraus aus dem Alltag. Reisen Sie nach dem Harz."

Nach dem Harz? — Petra horchte auf. Ja, sie wollte nach dem Harz reisen. Sie traf sofort ihre Reisevorbereitungen, brachte den Mops zur Nachbarin, packte ihre Puppen sorgfältig weg, damit sie ja nicht verstaubten. So, nun konnte sie ruhig abreisen.

Frau Petra ließ sich in einem Kurort im Harz nieder. Die ersten Tage fühlte sie sich wohler, dann war es wieder dasselbe. Es war da etwas, was sie nicht zur Ruhe kommen ließ, täglich nahm dieses ungewisse greifbarere Formen an. Und mit einem Male wußte sie es, was sie wollte: Ihr Kind wollte sie suchen! Nun, wo ihr Mann tot war, konnte er es ihr doch nicht mehr verbieten. Daß ihr Kind doch nun schon längst ein erwachsener Mensch sein mußte, daran dachte Petra nicht. Eine stille Freude war plötzlich über sie gekommen, für sie existierte ja immer noch das Kind, wie sie es damals gesehen hatte, und dies Kind wollte sie suchen und zu sich nehmen. Da durfte ihr nun niemand mehr dreinreden. (Schluß folgt.)

Mutter!

Mutter, denk ich an dich,
Sinke ich tief in ein Meer der Schmerzen;
Denn immer heller erkenne ich,
Dass ungezählte Opferherzen
Sich selbst verzehrten in deinem Herzen.

Zersplittertes Glück —
Und Kummer und Not und harte Plage —
Und trotzdem blieb so gütig dein Blick,
Und trotzdem hörten alle Tage
Wir liebe Worte und keine Klage.

Mutter! Wenn ich dich seh
In deinem letzten, qualvollen Ringen,
In deinem bitteren Abschiedsweh,
Will mir wie damals das Herz zerspringen.
Mir war's, als ob wir am Kreuze hingen.

Nun trag ich wie du
Den süßesten Namen auf der Erde!
Gib Kraft mir dazu,
Dass ich die gleiche Mutter werde
Wie jene, die mir das Leben bescherte!

M. Schulz

Was Goethe und Schiller verdienten

In unserer Zeit der häufig geradezu ungeheuerlich hoch bezahlten Filmsterne, Boxer und dergleichen ist es gut, einmal zu erfahren, was die Klassiker der deutschen Literatur, besonders die Geschätzten, Goethe und Schiller, an ihrem dichterischen Schaffen verdient haben. Auch in unseren Tagen werden ja im allgemeinen die Darsteller eines Kunstwerks auf der Bühne oder im Film viel besser für ihre Tätigkeit bezahlt als der eigentliche Schöpfer des Kunstwerks, wenn wir auch nicht übersehen wollen, daß beispielsweise schon vor dem Kriege Schriftsteller wie Sudermann und die Courths-Mahler durch ihre beim großen Publikum sicherst beliebten Bücher Riesenvermögen erzielten. Von vornherein kam den Schriftstellern der n.n.ren Zeit das zugute, was man vor einem Jahrhundert eben noch nicht kannte: die Hinführung der Massen zu Literatur und Bühne und die immer mehr vervollkommnete Organisation des Vertriebes der Schöpfungen. Daß hierbei nicht zuletzt die aufklärende, wegweisende Kulturarbeit der Arbeiterbewegung, vor allem ihrer Presse, ihre bleibenden, nicht bestrittenen Verdienste hat, sei nur nebenher angedeutet.

Was ein geschäftstüchtiger Verlag mit Weltverbindung heute aus einem Buche machen kann, dafür bietet das jüngste Beispiel aus unserer Zeit, der gewaltige Erfolg von Remarques „Im Westen nichts Neues", einen trefflichen Beleg. Auflage in Deutschland etwa 600 000, dazu Übersetzung in alle möglichen Sprachen! Obendrein angeblich noch der Nobelpreis in Sicht! So leicht wurde es unsern klassischen Dichtern und vielen späteren von hohem Range wahrhaftig nicht gemacht.

Von Goethe ist bekannt, daß er trotz seines hochfliegenden Geistes ein sehr aufs Reale sehender Erdenbürger und ein noch besserer Geschäftsmann war. Schiller hatte schon recht, als er seinerzeit an den gemeinsamen Verleger Cotta schrieb, daß, „um es gerade heraus zu sagen, mit Goethe kein guter Handel zu treffen ist, weil er seinen Wert genau kennt, sich selbst hoch taxiert und auf das Glück des Buchhandels keine Rücksicht nimmt!" — Der finanziell unabhängige Freund des Fürsten von Weimar konnte sich solche anspruchsvolle Gesten erlauben.

Nach heutigem Gelde hat Goethe zu seinen Lebzeiten von Cotta rund 270 000 M erhalten. Dazu kamen noch Honorare aus Theateraufführungen vom berliner Nationaltheater unter Ifflands Leitung. So beispielsweise für den „Tankred" 300 M, für die „Natürliche Tochter" 370 M. Für die „Stella", die Goethe schon früher bei dem berliner Buchhändler Mylius veröffentlicht hatte, bekam er 60 M. Bei den Aufführungen ist zu bedenken, daß die bereits als Buch vorliegenden Bühnenwerke in damaliger Zeit ungeschützt waren, also von den Direktoren einfach unentgeltlich aufgeführt werden durften. Aus diesem Grunde zahlte die berliner Bühne für „Iphigenie", „Egmont" und andere Dramen gar nichts. Immerhin zeigen die genannten Zahlen, daß auch Goethe schon ein ganz guter Verdiener war. Dabei muß man freilich berücksichtigen, daß die annähernd 300 000 M sich auf einen Zeitraum von sechzig Jahren (!) verteilten. In Goethes Nachlaß wurden nach seinem Tode noch fünfzehn Bände gesichtet, für die an die Erben von Cotta 67 000 M bezahlt wurden. Von späteren Zuwendungen dieses Verlegers an die Erbberechtigten sei hier abgesehen.

Und Schiller? Dem ist es nicht so gut wie jenem gegangen. Besonders nicht in seinen jüngeren Jahren. Er mußte arbeiten, ums Geld schreiben, er mußte sein tägliches Brot verdienen. Seine dichterische Schaffenszeit war zudem kurz; erst fünfundvierzigjährig starb er. Rechnen wir die Summen aus den damaligen Gulden- und Talerziffern in heutiges Geld um, so hat Schiller während seines Lebens von Cotta rund 70 000 M bekommen. Cotta, der seinen Weltverlag geradezu auf Schiller und Goethe aufbaute, war hinsichtlich Schillers durchaus großzügig. Auch später zeigte er sich der Witwe des verstorbenen Dichters gegenüber von der besten Seite. Cotta hatte übrigens schon aus der Feder von Schillers Vater eine Schrift gedruckt, dann des angehenden Dichters ärztliche Prüfungsschrift verlegt, und schließlich war Goethe dem erst in Tübingen, später in Stuttgart tätigen Verleger von Schiller zugeführt worden.

Cotta selbst hat Schiller gegenüber brieflich betont, daß sein Honorar gegenüber den Werken des Dichters „nie ein vollwertiges Äquivalent darstellen könne". Schlechte Geschäfte machte dieser Dichter mit seinen Jugendwerken, die zuerst bei dem Buchhändler Schwan in Mannheim verlegt wurden. Beim „Fiesko" waren ihm etwa 200 und beim „Don Carlos" 400 M bezahlt worden. Die berliner Aufführung der „Wallenstein"-Trilogie brachte Schiller im Jahre 1798 1020 M, die der „Maria Stuart" die Hälfte dieser Summe. In seinen letzten Lebensjahren wenigstens war Schiller recht gut gestellt.

J. Kliche.

Revolte gegen den langen Rock

In Neuyork ist unter den Damen der Gesellschaft eine offene Revolte im Gange. Sie hat schon zur Gründung einer — wie soll man sagen? — zu einer revolutionären Organisation, zu „Fashion League" geführt. Der Urquell der Revolte ist die neue Länge der Frauenröcke. Den Modenkapitalisten ist nämlich der kurze Rock verhaßt. Sie möchten ihn wieder ganz lang haben, um mehr Stoff verkaufen zu können und um die Herstellung schwieriger zu machen, damit auch mehr für die Kleiderfabrikanten abfällt. Das letztere kümmert nun zwar die Damen der Gesellschaft von der goldigen Marke der Vanderbilt weniger, um so mehr aber die neue Länge des Rockes. Darum ist, wie es in einem Telegramm an die londoner Presse heißt, „die Feindseligkeit gegen die schmutzkehrenden langen Röcke sehr stark, und sie werden hingestellt als die Vernichter des Fortschritts, der im letzten Jahrzehnt durch den kurzen Rock erreicht worden ist".

Um die Verlängerung des Frauenrockes bemühen sich ja auch die europäischen Modekapitalisten. Sie wollen gleichfalls bessere Geschäfte machen. Indessen glauben wir nicht, daß sich besonders die Arbeiterfrauen beschwatzen lassen. Sie, die auf Einfachheit und Billigkeit sehen müssen, werden sich sicherlich entschieden weigern, dem Profit der Kleiderkapitalisten zuliebe sich für die scheußlichen Fahnen zu erwärmen, die wieder die Schaufenster verunzieren. Sie werden den gewinnsüchtigen Modefritzen erklären, daß sie sich mit ihren Straßenbesen einfalzen lassen sollen. Wenn sich Bardamen, Salongänse, Modepuppen, Maitressen und Luxusweiber mit bunten Fetzen behängen lassen wollen, so ist das ihre Sache. Die Masse der Frauen aber braucht eine einfache, billige und gesundheitliche Kleidung. Dem entspricht die heutige kurze Mode entschieden eher als jene Erzeugnisse, die die nach Mehrprofit schielenden Stoffverkäufer und Modetrottel den Frauen jetzt wieder aufzuschwatzen versuchen.

Rasche Zunahme der Kunstseideproduktion

Von der Damen-, namentlich der Strumpfmode begünstigt, hat die Weltproduktion von Kunstseide in ungeheurer Weise zugenommen. Diese betrug im Jahre 1927 ungefähr 250 Millionen englische Gewichtspfund, was im Vergleich mit dem Jahre 1918 eine Verzehnfachung der Gesamterzeugung bedeutet. An erster Stelle der Kunstseidefabrikation steht Nordamerika mit einer Erzeugung von 74 Millionen englische Pfund. Hernach folgen Italien mit 40, Deutschland mit 30 und England mit 27½ Millionen Pfund. Der Rest verteilt sich auf die übrigen kleineren Produktionsländer. So erfreulich es auch ist, daß Deutschland bereits an dritter Stelle in der Weltproduktion dieses Artikels steht, muß doch festgestellt werden, daß die Erzeugung bei uns nicht in demselben Maße zugenommen hat wie in Amerika und Italien. Im Jahre 1918 war Deutschland der größte Kunstseideproduzent der Welt.

Beim Frühstück

Sie: „Aber es steht ja kein Honig auf dem Tische. Möchtest du nicht welchen haben, lieber Arthur?"

Er: „Nein, ich habe gesagt, es soll keiner mehr hingestellt werden! Wir sind nun schon so lange verheiratet, mit dem heutigen Tage sind die Honigwochen zu Ende!"

Heiratsgesuch

Solider, selbständiger Schlächter sucht nette, jüngere Dame als Lebensgefährtin. Witwe mit Kind angenehm.

Reichsbeirat der Betriebsräte und Konzernvertreter

Deutsche Handelspolitik / Industriezölle / Produktionstechnik / Betriebsrätewahlen

Am 28. und 29. Dezember hielt unser Verband in Stuttgart die 9. Tagung des Reichsbeirates der Betriebsräte und Konzernvertreter ab. Weit über den Rahmen unserer Mitgliedschaft hinaus haben die Betriebsrätetagungen eine Bedeutung erlangt. Sie finden in der deutschen Arbeiterbewegung und in der Arbeiterinternationale die weitgehendste Beachtung. Treten doch bei diesen Tagungen die Betriebsräte mit den Vertretern der Angestellten, der Techniker und Werkmeister zu Beratungen zusammen, sie ergänzen sich in den Beratungen und im Austausch ihrer praktischen Erfahrungen im Betrieb, im Wirtschaftsleben und in der Produktion. Die Tagung umfaßte 133 Vertreter, davon waren 24 Reichsbeiratsmitglieder, 27 Vertreter der größten deutschen Industriekonzerne, 43 Verbandsvertreter, die in erster Linie mit der Arbeit der Betriebsräte vertraut und verbunden sind. Die Angestelltenverbände hatten 15 Abgeordnete entsandt, ebenfalls waren der Verband der Heizer und Maschinisten und der Kupferschmiede, mit denen wir in engster Verbindung in der Metallindustrie stehen, durch 6 Kollegen vertreten. Neben der Vertretung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatten sich noch 18 Gäste eingefunden.

Als Beratungsstoff waren die brennendsten Zeitfragen gewählt. Das größte Ereignis sind zurzeit die Weltwirtschaftskonferenzen. Sie stellen die Handelspolitik, die Zollfragen, die Handelsabkommen und andere Wirtschaftsfragen zur Aussprache. Diese Probleme wurden auf unserer Betriebsrätetagung von Fachkennern einer gründlichen Betrachtung unterworfen. So sprach über die deutsche Handelspolitik die Genossin Tony Sender. Ihr Vortrag stand auf beachtlicher Höhe und bot die Grundlage für eine sachliche und fruchtbare Aussprache. Weniger glücklich war der zweite Tagesordnungspunkt besetzt. Der vorgesehene Redner, der über die Veränderung der Produktionstechnik sprechen sollte, war durch plötzliche Erkrankung am Erscheinen verhindert, so mußte in letzter Minute ein anderer Genosse einspringen, der wohl ein ausgezeichneter Fachmann war, aber durch die ungenügende Vorbereitung nicht zur vollen Entfaltung seines Wissens kommen konnte. Was aber durch den Vortrag unvollkommen blieb, wurde durch eine umfassende Aussprache wieder wettgemacht. Der inneren Organisationsarbeit galt der dritte Punkt der Tagesordnung, bei dem der Betriebsrätesekretär des Verbandes, der Kollege Bührig über die Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1930 sprach. Diese Wahlen sind Schicksalswahlen. 10 Jahre besteht das Betriebsrätegesetz, mit ihm sind manche Erfahrungen gemacht und manche Mängel empfunden worden. In Aussprachen mit den Kollegen, die in der Praxis stehen, wird dann nach den besten Wegen gesucht, um über die Hemmnisse und Schwierigkeiten hinwegzukommen.

In der Begrüßung der Tagung wies Kollege Brandes auf den Ernst unserer Zeit hin. Das verflossene Jahr sei kein ausgesprochenes Krisenjahr gewesen, die Produktion habe Rekordzahlen aufzuweisen, demgegenüber sei aber eine Riesenarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Das sei das Wirtschaftsbild von heute, das die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung werden läßt. Diesen Notzustand haben die Unternehmer zu einem großen Angriff auf die Errungenschaft der Arbeiterschaft ausgenutzt. Das Jahr sei ausgezeichnet gewesen durch den hartnäckigen Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Das neue Jahr wird zweifellos weitere schwere politische und wirtschaftliche Kämpfe gegen die Arbeiterschaft bringen. Darum müssen wir auf die Abwehr gerüstet sein und dieser Rüstung gilt diese Tagung.

•

Genossin Tony Sender (M. d. R.) nahm das Wort zu dem Hauptvortrag

„Die deutsche Handelspolitik"

Seit fünf Jahren besteht unsere neue Handelspolitik, die durch Bestimmungen der Nachkriegsverträge eingeengt ist. Seitdem ist die Frage der Zollpolitik nicht von der Tagesordnung gekommen. Immer neue Zollpositionen werden eingeführt und man entschuldigt es damit, daß dies in allen Ländern geschehe. Die Unrast der Zoll- und Handelspolitik wütet in allen Ländern, nur England, das Land des Freihandels, hält sich etwas mäßig. Die Unrast können wir nur verstehen, wenn wir die Schäden, die der vierjährige Weltkrieg verursacht, in Betracht ziehen. Durch den Krieg wurden alle Fäden des Handels und der Wirtschaft zerrissen, die Produktion einseitig auf Kriegsmaterial umgestellt und damit das Wirtschaftsbild aller Staaten von Grund auf verändert. Die Trennung in Industrie- und Handelsstaaten, die in der Vorkriegszeit herrschend war und dem internationalen Warenaustausch eine bestimmte Richtung gab, wurde durch den Krieg verwischt, ein Zustand, den die Nachkriegszeit noch verschärfte. Die Agrarstaaten gingen, durch die Not gezwungen, selbst zur Industrieproduktion über. Die Industriestaaten sind nun bemüht, diese entgangenen Märkte wieder zu erobern. Das hat zu schweren Wirtschaftskämpfen geführt. Der wirtschaftliche Nationalismus (Autarkie) hat alle Staaten ergriffen und äußert sich in dem Bestreben, alle Güter für den eigenen Bedarf auch im Lande selbst mit den eigenen Menschen und Mitteln zu erzeugen.

In Deutschland wurde die Wirtschaftslage durch die Inflation und ihre politischen Folgen noch ganz verhängnisvoll verschärft. Der Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit und die Wiedergewinnung der Weltmärkte wurde auf Kosten der arbeitenden Klasse geführt, wobei aber die notwendige Entwicklung der Produktionstechnik in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wurde. Das wurde später unter schweren Verlusten für die Arbeiter gewaltsam nachzuholen versucht. In dieser Zeit hat sich Amerika als der Geldgeber der Welt entwickelt, ein Zustand, den wir schon schwer zu fühlen bekamen. Die Zahlen des europäischen Handels geben davon Zeugnis. Wir haben uns den Zustand der Arbeitslosigkeit nicht nur aus den Erscheinungen der Rationalisierung zu erklären, sondern mehr durch die Weltmarktherrschaft Amerikas. Die Zerstörung des Kapitalbestandes durch die Inflation hat in den fünf Jahren der Stabilität noch nicht überwunden werden können. Das gleiche Schicksal teilen alle europäischen Länder. Die Siegerstaaten leiden im gleichen Maße. Die Rationalisierung als notwendige Produktionsförderung konnte den Kapitalmangel nicht überwinden. Wir brauchen nicht erschrecken, daß die deutsche Wirtschaft mit ausländischem Kapital aufgebaut werden mußte. Amerikas Industrie ist vor dem Krieg auch sehr stark mit fremdem Kapital errichtet worden.

Das Land mit eigenen Mitteln aufbauen und alle Produkte selbst erzeugen, von diesem Glauben müssen wir abkommen. Bei völliger Grenzabsperrung müßte Deutschland zugrunde gehen. Wir müssen zum Vorkämpfer für Freihandel werden.

Die Zollschranken als Verhandlungsinstrument festzusetzen, wie vor Jahren von den Zollinteressenten angekündigt wurde, hat versagt. Wir sind mit den wenigsten Staaten zu befriedigenden Verträgen gekommen. Trotzdem fordern die Zollverfechter immer höhere Zollschranken. Ein Beispiel ist Polen, wo die günstigste Gelegenheit, zu Verträgen zu kommen, verpaßt ist. Der bestehende Zollkrieg ist ein politischer Unfug. Der Agrarstaat Polen ist auf Schweineausfuhr angewiesen und wegen der Schweine, deren Einfuhr die deutschen Agrarier nicht wünschen, sabotiert die deutsche Reichsregierung das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Polen, der für unsere Industrie von großer Wichtigkeit ist.

In den europäischen Staaten besteht kein einheitliches Zollsystem. Deutschland hat autonome Zölle, die als Vertragszölle gelten, daneben haben wir noch das Prinzip der Meistbegünstigung, das besonders deutlich bei den Autozöllen in die Erscheinung tritt. Andere Staaten haben Maximal- und Minimalzölle. Der Maximalzoll gilt dann für Staaten ohne Handelsverträge, während der Minimalzoll für Vertragsstaaten in Anwendung kommt. England und Amerika haben die Einrichtung der Meistbegünstigung ohne Verträge. Sie zeigen den Staaten, mit denen sie Geschäftsverbindungen haben und wo ihnen keine Schwierigkeiten gemacht und ihr Handel nicht schikaniert wird, ein besonderes Entgegenkommen, lassen sich aber nicht binden. Um die Unrast im internationalen Warenaustausch zu beheben, wäre eine Vereinheitlichung in den Handelsabmachungen zu erstreben. Das Bestreben der Länderparteien ging bis jetzt dahin, kurzfristige Verträge abzuschließen, damit immer wieder die Möglichkeit zur Verhandlung und zur Erreichung von Vergünstigungen gegeben ist. Das schafft die fortwährende Unrast. Wir haben in den letzten drei Jahren mit Hochdruck rationalisiert, diese Rationalisierung ist aber nur Leerlauf, die Kapitalien falsch angelegt, wenn die Frage des Warenabsatzes nicht befriedigend geregelt ist. Man hat das Schlagwort vom

„Schutz der nationalen Arbeit"

geprägt und behauptet, damit den Schutz der heimischen Arbeit zu wollen. Leider sind auch Arbeitervertreter und Betriebsräte auf die Schönreden hereingefallen. Die Denkschrift der Autofabrikanten ist ein Beispiel, wie mit sozialen Scheingründen reaktionäre Forderungen verbrämt werden. Man behauptet, das Ausland trage doch den Zoll, darum brauche sich der deutsche Arbeiter nicht darüber aufzuregen. Das wäre richtig, wenn die Preissteigerung durch die Zölle nicht auch auf den inländischen Markt übertragen würde. Darauf kommt es aber gerade unserer nationalen Ausbeutergesellschaft an. Aus diesem Grunde müssen wir die Zölle bekämpfen, bringen sie uns doch eine Verteuerung auf dem Inlandsmarkt, schränken weiter den Verbrauch ein und die Arbeitslosigkeit wird weiter gesteigert. Der Zoll ist für die Kapitalisten nur Mittel zu dem Zweck, den Inlandsmarkt zu schröpfen. Wie es gemacht wird, zeigten die Verhandlungen mit Frankreich, wo man erst die Privatabschlüsse des Eisenkartells abwartete und dann ohne diesen gewichtigen Faktor den Staatsvertrag abschloß. Das gleiche war mit Japan, wo erst die chemische Industrie ihre Interessen wahrte, ehe der Staat an die Reihe kam. Die Regierung läßt sich dieses Treiben gefallen. Ein Vertrag mit der Tschechoslowakei wurde durch diese Treibereien sogar unmöglich gemacht.

Deutschland braucht einen hohen Ausfuhrüberschuß, um Devisen für die Einfuhr der lebensnotwendigen Rohstoffe zu beschaffen. Die Entfaltung der produktiven Kräfte braucht einen kaufkräftigen Inlandsmarkt, der die Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufstiegs schafft. Das ist die Forderung der arbeitenden Klasse.

Die Zölle ändern ihre Funktion. Sie sollen dem Schutz der nationalen Arbeit dienen, sind ein Druckmittel, um Zugeständnisse bei Handelsverträgen zu erzielen und dienen als Mittel im Kampf um höhere Quoten in den internationalen Fabrikantenpakten. Alles Schönreden kann aber die wirkliche Funktion, nämlich den Inlandsmarkt zu schröpfen, nicht verdecken.

Die Rednerin geht dann auf den

Schutzzollkampf in der Autoindustrie

ein. Die Autoindustrie will höhere Zölle haben, um in dem Quotenkampf, der durch die Schaffung des internationalen Autopaktes zeitgemäß ist, für sich eine größere Quote zu erzielen. Die Regierung unterstützt dieses Privatstreben der Industrie. Wir können Zölle über Zölle fordern, wenn der Inlandsmarkt nicht kaufkräftig gemacht wird, werden wir der Autoindustrie nicht helfen können. Die Einfuhr des amerikanischen Autos als Teil- und Fertigfabrikat können wir nach keiner Seite hindern. Die Autofabrikanten fordern die Erhöhung der Autozölle von 75 auf 300 vH. Das wird begründet mit dem Zusammenbruch der deutschen Autoindustrie; diese Klagen sind wir nun seit Jahren gewöhnt und darum kann es keinen Eindruck mehr auf uns machen. Für Amerika bedeutet der erhöhte Autozoll eine schwere Provokation und kein Mensch kann glauben, daß sich das Amerika gefallen läßt. Es wird mit schweren Gegenmaßnahmen antworten. Die Überlegenheit Amerikas beruht auf seiner besseren Organisation der Produktion und des Warenmarktes. Diese Durchorganisierung fehlt bei uns in Deutschland fast gänzlich. Da werden, zum Beispiel bei uns zurzeit noch in 75 Werken 92 Typen und 360 Wagenmodelle hergestellt. Demgegenüber hat Amerika den Einheitstyp, gut, preiswert und auch als Massenverkehrsmittel abzusetzen. Hierin liegt die deutsche Verlustquelle. Die deutschen Autofabrikanten versprechen, keine Preiserhöhungen der deutschen Autos vorzunehmen, anderseits hören wir aber nichts von Maßnahmen, die zur Verbilligung führen, die für den deutschen Markt eintreten muß, wenn die wirtschaftliche Lage gebessert werden soll. Der Zollkampf wird zu reaktionärem Treiben benutzt. Sind Betriebe der Autoindustrie nicht in der Lage, den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht zu werden, dann können sie auch nicht durch unsinnige Zölle gerettet werden. Das mag für die Arbeiter schwer sein, aber das Interesse der Volkswirtschaft muß im Vordergrund stehen. Die Zölle würden die Katastrophe nur für kurze Zeit aufschieben.

Ähnliche Zustände sind in der Schuhindustrie zu beobachten. Nur die Stärkung des Inlandsmarktes kann eine bessere Beschäftigung bringen. Die Zölle fördern die Verlegung ausländischer Betriebe nach Deutschland. Das mindert die Zukunftsaussichten der sozialistischen Arbeiterschaft.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf sind Bestrebungen im Gange, den Handelskrieg der Staaten durch einheitliche Abmachungen zu beenden. Die Ein- und Ausfuhrverbote sollen aufgehoben werden. Deutschland und andere Staaten haben diese Beschlüsse ratifiziert, viele haben aber mit Vorbehalten unterzeichnet, wodurch der ganze Erfolg verdorben ist. Das gleiche Schicksal teilt der Antrag auf internationale Zollfreiheit. Jetzt reden die Wirtschaftspolitiker wieder einmal sehr stark von den vereinigten Staaten von Europa, damit die Hemmungen des Warenaustausches beseitigt würden. Das sind aber die gleichen Politiker, die zur nämlichen Zeit in ihren heimatlichen Parlamenten die umfangreichsten Zollbündel einbringen und mit allen Kräften für ihre Annahme wirken.

Dieser unehrlichen, leichtfertigen Wirtschaftspolitik muß unser voller Widerstand entgegengesetzt werden.

Wie soll unser Ausfuhrhandel disponieren können, wenn die Zollunrast so weitergetrieben wird? Mit Zöllen werden wir bestimmt nicht die verlorenen Auslandsmärkte zurückgewinnen, bei Freihandel ist es eher möglich.

Die Gewerkschaftsinternationale muß den Zoll- und Handelsfragen mehr Aufmerksamkeit und Arbeit widmen. Das ist sehr notwendig, um eine einheitliche Stellungnahme der Gewerkschaften der Länder zu ermöglichen. Die Internationale fühlt sich noch zu schwach, um Aktionen auch in diesen schwierigen Wirtschaftsfragen durchzuführen. Die Schwierigkeit ist nicht zu bestreiten, trotzdem dürfen wir uns nicht von der Aufstellung von Forderungen abhalten lassen. (Langanhaltender Beifall.)

Dem instruktiven Vortrag folgte eine umfassende Aussprache. Als erster nahm Kollege Brandes (Vorstand) das Wort und besprach die unerfreuliche Lage der deutschen Autoindustrie, mit der er sich als Verbandsvorsitzender eingehend beschäftigt hat. Es sind viele Delegationen von Arbeitern der Autobetriebe zu mir gekommen und haben gebeten, die Forderungen nach Autozöllen im Reichstag zu vertreten. Sie begründen das mit der Furcht vor dem Verlust der Arbeitsgelegenheit in der Autoindustrie. Man merkte den Einfluß, den die Unternehmerdenkschrift mit ihren sozialen Klagen auf die Belegschaft machte. Wir konnten aber die Zollforderungen nicht vertreten. Wir nahmen die Haltung ein, die auch Genossin Sender in ihrem Vortrag zum Ausdruck brachte, daß Zölle nicht das Mittel sind, um den Warenabsatz zu heben, sondern daß durch eine Stärkung der inländischen Kaufkraft ein größerer Absatz erzielt wird, der zu erhöhter Produktion führt, die dann gestattet, die volle Betriebskapazität auszunutzen und die Verkaufspreise zu ermäßigen. Können dann mehr Autos in Betrieb genommen werden, wird auch mehr Arbeitsgelegenheit als Chauffeure, Reparateure usw. geschaffen. Darum brauchen wir die Schließung kranker Betriebe nicht fürchten.

Urich (Berlin) unterstreicht die Ausführungen des Vortragenden. Unerklärlich ist der hohe Preis, den die Autos in Deutschland haben, dadurch ist der Konsum des Autos sehr gehemmt. Eine Beobachtung, die bei allen Industrieprodukten gemacht werden kann. Der höhere Zoll wird die Sache nur verschlimmern. Die Vereinigten Staaten von Europa sind noch sehr problematisch, es muß erst Klarheit über den Aufbau geschaffen werden, ob mit dem Kolonialreich England, ob mit dem Inselstaat England, ob mit oder ohne Rußland; und diese Forderungen laufen heute noch blind durcheinander.

Lübbe (Berlin): Die Unternehmer kommen uns immer mit den Klagen, bei den hohen Zollschranken des Auslandes sei es unmöglich, noch Arbeit für die Arbeiter heranzuschaffen. Am meisten wird über Amerika geklagt. Ein Vergleich der amerikanischen Wirtschaftsweise mit der europäischen Wirtschaft ist nicht zulässig. Tatsache ist bei uns der Kapitalmangel, ob er mit den von den Unternehmern geforderten Maßnahmen behoben werden kann, bleibt sehr fraglich. Wenn das ausländische Kapital eigene Betriebe bei uns errichtet, so ist die Gefahr nicht so groß, als wenn das ausländische Kapital untrennbar mit dem deutschen Kapital verfilzt wird.

Schneider (B. d. A.): Die Klagen der Unternehmer sind oft leichtfertig. Wir haben Betriebe, die vor dem Kriege bis zu 60 vH Auslandsaufträge hatten, später den Auslandsmarkt vollständig verloren, dafür aber die doppelte Belegschaft mit Inlandsaufträgen beschäftigen konnten. Heute ist auch der Auslandsmarkt zum guten Teil wieder erobert. Ein Schaden ist die Kartellpreisbildung, die in bestimmten Fällen die Inlandspreise bis zu 28 vH höher diktiert. Der Druck der Kartellherrschaft muß gebrochen werden.

Schirmer (Breslau) bemängelt die Willkürlichkeit, mit der Reichsaufträge vergeben werden und ersucht unsere Vertreter, sich mehr um diese Sache zu kümmern.

Kneitinger (Nürnberg) bezeichnet die Festlegung von Auslandskapital in Eigenbetrieben in Deutschland als einen Schaden. Bei schlechtem Geschäftsgang wird bestimmt der Zweigbetrieb im Ausland eingeschränkt werden. Das trifft dann in erster Linie die Arbeiter.

Fischer (Chemnitz): Die Lage der Arbeiter ist nicht leicht, man kann ihnen wohl einmal eine vorübergehende Maßnahme einer Betriebsstillegung zumuten, aber die Austilgung ganzer Industrien an bestimmten Plätzen ist untragbar. Ein Beispiel ist Chemnitz, dessen Lage durch den Niedergang seiner Werkzeugmaschinenbetriebe katastrophal geworden ist. Die Belastung der Arbeiter ist dadurch unerhört und es muß ihnen Hilfe zuteil werden. Die chemnitzer Metallindustrie ist auf dem Nullpunkt angelangt. Was soll mit unseren Kollegen werden?

Bote (Butab): Fischer (Chemnitz) hat zweifellos das schwierigste Problem zur Sprache gebracht. Wir müssen die Sache grundsätzlich behandeln. Bei Zusammenlegung der Betriebe müßten Arbeiter mit versetzt werden, um die Opfer, die nicht ganz zu vermeiden sein werden, auf das kleinste Maß zu beschränken. Die Hereinnahme ausländischen Kapitals brauchen wir nicht fürchten. Russische Vertreter der Techniker erklärten auf einer Tagung, die russische Industrie kann nur mit ausländischem Kapital aufgebaut werden. Wir brauchen nicht ängstlicher zu sein als die Russen. Wir müssen uns gegen jede Zollforderung wenden.

Beisenbruch (Oberhausen): Ein Kapitalmangel scheint bei der Großindustrie nicht vorhanden. Sie hat bedeutende Kapitalien im Ausland und holt sie als angebliche Auslandsgelder wieder herein. Uns drückt die Frage:

Was wird mit den Arbeitern, die auf Grund der Rationalisierung dauererwerbslos werden?

Wir hoffen, daß auf diesem Gebiet etwas Durchgreifendes geschieht. Die Betriebe sind gar nicht ausgenützt. Sie könnten ausgenützt werden, wenn eine Preispolitik einen größeren Warenabsatz ermöglichte. Tatsache ist auch, daß deutsche Kapitalisten Betriebe im Ausland mit von deutschen Arbeitern erarbeitetem Kapital errichten. Da sucht man vergeblich nach Patriotismus.

Metz (Vorstand): Ein Teil unserer Funktionäre ist dem Glauben verfallen, mit Zöllen sei der Autoindustrie geholfen. Das ist irrig. Es fehlt der Autoindustrie mehr als Zölle. Das Fehlende muß die Autoindustrie selbst schaffen und wenn sie es nicht kann, ist ihr nicht zu helfen. Gibt es internationale Mittel und Wege, den drückenden Zinssatz zu senken? Das Forschungsinstitut müßte sich mit dieser Frage befassen.

Kummer (Stuttgart): Aufklärung über die Handelspolitik ist sehr geboten. Denn es lassen sich noch vielfach Arbeiter von ihren Unternehmern zum Fordern von Zöllen mißbrauchen. Jeder Zoll auf ausländische Waren hat einen Zoll auf deutsche Waren im Auslande zur Folge. Auch im Handel gilt das Gesetz der kommunizierenden Röhren. Autozölle sind abzulehnen. Was wir brauchen, sind billige Autos, wodurch die Beschäftigungsmöglichkeit gewaltig erweitert wird. Für jeden Mann, der Autos direkt herstellt, werden mindestens zwei Mann indirekt als Wagenführer, Reparateure, Ölverkäufer, Straßenbauer usw. Beschäftigung finden.

Sender (Schlußwort): Einen internationalen Zinssatz gibt es nicht. Geld ist Ware, sein Preis (Zins) regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Der hohe Zinssatz bei uns ist ein Ausdruck unserer Geldknappheit. „Dunkle Machinationen" der Banken können dahinter nicht gesucht werden. Kapitalverschiebung ins Ausland ist eine Tatsache. Unwahrscheinlich ist aber, daß die Industrie Geld zu niederen Zinssätzen ins Ausland gebe, während sie dann Auslandsgeld zu höheren Zinssätzen wieder aufnehmen muß. Durch Geldaufnahme im Ausland werden wir noch nicht vom Willen der Ausländer abhängig. Die Schachtsche Politik richtet sich nur gegen das Kapitalverlangen der öffentlichen Hand. Das ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit im Interesse der deutschen Reaktion.

Die Rationalisierung hat in Deutschland nicht ihren höchsten Sinn ausgedrückt. Die Senkung der Kosten ist nicht erreicht, weil der Produktionsertrag nicht voll verwertet werden kann. Die Rationalisierung nahm bei uns wegen einer zehnjährigen Versäumnis ein solch rasendes Tempo an.

Wir haben zu fordern, daß die Arbeitszeit herabgesetzt wird, um der Massendauerarbeitslosigkeit zu begegnen.

Eine Sozialpolitik mit diesem Ziel ist planmäßig zu treiben. Wir brauchen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, eine lebendige, kampfgewillte Arbeiterbewegung. Fehlt die Anteilnahme der Arbeitermassen, so fehlt der Nachdruck für unsere Forderungen.

Wir müssen den Gedanken der Sozialisierung nicht in den Hintergrund drängen lassen, auch sollten wir uns über die Wege zur Sozialisierung mehr Klarheit verschaffen. Das letzte Jahrzehnt hat uns viele Ansätze zum Sozialismus gezeigt, dort müssen wir weiterbauen und uns nicht von unseren Endzielen abbringen lassen.

Nach dem Schlußwort faßte Kollege Brandes Vortrag und Aussprache übersichtlich zusammen und brachte zum Ausdruck, wenn die Gewerkschaftsinternationale ein Weltprogramm für Zoll-, Wirtschafts- und Handelsfragen aufstelle, es so beschaffen sein müsse, daß es auch in absehbarer Zeit realisierbar sei. Dann legte er folgende Entschließung vor, die einstimmig Annahme fand:

Die wirtschaftliche Entwicklung führt in wachsendem Ausmaß zur Verstärkung des internationalen Warenaustausches und zur internationalen Verflechtung der Industrie.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklungstendenz hat der Weltkrieg das Streben nach wirtschaftlichem Nationalismus gestärkt; das führte zur Störung der internationalen Arbeitsteilung und zur Hochschutzzollpolitik. Diese künstliche Absperrung der Grenzen von dem ausländischen Wettbewerb birgt die Gefahr in sich, den notwendigen technischen und organisatorischen Fortschritt, wie das durch solchen Fortschritt geförderte Ansteigen der Löhne hintanzuhalten.

Die vielen kleinen europäischen Staaten verhindern durch ihre Absperrung die Wiedereroberung des europäischen Anteils am Welthandel und eine großzügige Rationalisierung der europäischen Industrien. Die Entwicklung aber treibt über den künstlich gezogenen engen Rahmen hinaus. Da die Arbeiterschaft schon in der Gegenwart den Kampf führen muß für eine freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und um einen höheren Anteil am Sozialprodukt, ist es ihre Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß durch internationale Verständigung die Zollmauern abgebaut und auf die wirtschaftliche Verständigung der europäischen Staaten hingearbeitet werde. — Aufgabe der Arbeiterklasse muß es sein, das Gesamtinteresse über das Gruppeninteresse zu stellen, das Zukunftsinteresse über den momentanen Scheinvorteil.

Darum fordert der Reichsbeirat der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Reichsregierung auf, den baldigen Abschluß der noch ausstehenden Handelsverträge — insbesondere desjenigen mit Polen — herbeizuführen, sowie mit Nachdruck in Genf weiterzuwirken für die rasche Herbeiführung eines Zollfriedens als Einleitung eines allgemeinen Zollabbaus in der Welt. Er wird diese Bestrebungen unterstützen durch das Zusammenwirken der deutschen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft mit der internationalen Gewerkschaftsorganisation und ihren Landessektionen, um durch die proletarischen Organisationen den Druck auf die Regierungen zu verschärfen, damit den theoretischen Gelöbnissen in Genf auch die praktische Tat im eigenen Lande folge.

Gleichzeitig mit dem Abbau der Zölle fordert der Reichsbeirat der Betriebsräte die Angleichung der Arbeitsbedingungen der industriellen Länder Europas an die zurzeit vorhandenen besten Arbeitsbedingungen und deren weitere Verbesserung zur Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen als wirksamstes Mittel für die Steigerung des Warenabsatzes und der Produktion, sowie zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit.

Die Veränderung der Produktionstechnik

lautete der zweite Vortrag, den Ingenieur Rosam (Berlin) vom Butab hielt. Er schilderte die Hauptmerkmale der modernen Produktionstechnik, die versucht, mit dem wenigsten Aufwand an Kraft und Mitteln die höchsten Nutzleistungen zu erzielen. Zur Produktion gehört alles, was der Entstehung des Produkts dient, auch der Mensch, der in der Produktion steht. Wichtig ist heute die weitgehende Anwendung der mechanischen Kraft, über die wir seit 1925 eine Statistik führen. Durch die mechanische Kraft wird fortlaufend eine Menge Menschenkraft freigestellt. Die höchste Anwendung mechanischer Kraft auf den Arbeiter umgerechnet ist in Amerika zu verzeichnen. Es kommen 8 PS auf einen Arbeiter, in Deutschland ist es noch nicht die Hälfte. Dadurch ist dort die Arbeitsleistung sehr erhöht. In Deutschland kommt auf den Arbeiter ein Produktionswert von 5000 Mk., in Amerika dagegen 20 000 Mk. Die Anwendung mechanischer Kräfte, wie wir sie bei der Fließarbeit beobachten, hat zu einer weitgehenden Einschränkung des Leerlaufes geführt. Der Produktionswert eines Arbeiters ist in den letzten Jahren gestiegen, demgegenüber ist die Lohnsteigerung gleich null geblieben. Der Anteil des Arbeiters an seinem erzeugten Wert ist geringer geworden. Die Beanspruchung der Muskelkraft des Arbeiters hat sich seit der Anwendung moderner Produktionseinrichtungen verschoben. Die Schwer- und Schwerstarbeit ist geringer geworden, hingegen ist durch das beschleunigte Arbeitstempo eine größere Beanspruchung der Nervenkräfte zu verzeichnen, die sich in einer größeren Arbeitsermüdung ausdrückt. Bei der heutigen Form der Arbeitszuteilung ist jede Arbeitsunterbrechung ausgeschlossen, die bei der früheren Produktionstechnik gewisse Pausen zum Verschnaufen darstellte. Die heute eingelegten Erholungspausen sind ungenügend.

Die Arbeitszeitermittlung wird in der modernen Produktionstechnik immer weitergetrieben. Neben der seit langem gebräuchlichen Stoppuhr kommen automatische Zeitaufnehmer, Diagnoseapparate und andere Instrumente in Anwendung, die Kraftaufwand, Schnelligkeit und Arbeitsdauer bis auf den Bruchteil einer Sekunde festhalten. Wenn auch die ermittelten Arbeitszeiten eine theoretische Richtigkeit haben, so hängt doch der erzielte Verdienst von verschiedenen Faktoren ab: Beschaffenheit des Materials, mangelhafte Verarbeitung und dergleichen. Hier ist es erforderlich, daß der Arbeiter, besonders aber der Gewerkschaftsfunktionär sich mit der Produktionstechnik gründlich vertraut macht, um erfolgreich Einspruch führen zu können.

Die Fließarbeit hat einen produktionstechnischen Wert, sie schafft durch den beschleunigten Materialdurchlauf durch die Produktion große Ersparnisse, die bei der heutigen Geldknappheit sehr nützlich sind. Die Massenproduktion der Fließarbeit erfordert auch einen Massenabsatz der erzeugten Waren, der heute nicht vorhanden ist. Die Produktion kann nicht untergebracht werden, dadurch kann die Betriebskapazität nicht ausgenutzt werden, die in die Einrichtung gesteckten Kapitalien können sich nicht verzinsen und damit sind die großen Schwierigkeiten für den Betrieb gegeben. Wir haben zurzeit viele Betriebe, darunter auch große, die ihre Produktion nicht entfalten können und dadurch in eine ganz schwierige Lage gekommen sind. Die Lasten aus diesen verfehlten Kapitalanlagen wälzt man dann einfach auf die Arbeiter ab.

Jetzt erstrebt man durch das sogenannte Bedaux-System eine noch stärkere Reßung der Arbeitsleistung, daneben wird mit Prämien gearbeitet, um die Arbeiter zu höheren Leistungen anzustacheln und zu einer Überspannung ihrer Kräfte zu verleiten. Bedaux will mit Mitteln arbeiten, über deren Anwendung sich die Wissenschaft selbst nicht im klaren ist. Die Reßung der menschlichen Kraft nach PS wird auch diesem Herrn Bedaux nicht gelingen. Jedenfalls ist das Bedaux-System ein unzulängliches, in seinen Wirkungen auf die Arbeiter aber ein gemeines, unmenschliches System. Mit dem Eindringen dieses niederträchtigen Systems in die Metallindustrie ist bei der reaktionären Macht der Metallindustriellen zu rechnen.

Zu den Fragen der Arbeitszeitermittlung, Akkordberechnungen usw. ist ein engeres Zusammenarbeiten von Angestellten, Technikern, Werkmeistern mit den Arbeitern wünschenswert. Den Betriebsräten könnte dadurch sehr geholfen werden. Der Redner bespricht noch die verschiedenen Arten der Leistungssteigerung und der Produktion und schließt mit der Aufforderung an die Betriebsräte, im gemeinsamen Ringen mit den Gewerkschaften den Auswüchsen in der Produktionsbetrieb zu Leibe zu gehen. Die moderne Produktion hat gesundheitliche Schäden im Gefolge und auch die Unfälle haben durch das heutige Arbeitstempo eine weitere Steigerung erfahren, hier Schutz zu bieten ist eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften, die sie durch die Betriebsräte im Betrieb ausüben läßt.

Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache, in der die Betriebsräte aus der Praxis heraus das Material ergänzten.

Dünnebacke (Dortmund) sprach über die Anwendung der Stoppuhr in den Betrieben und erwähnte das Verbot der Stoppuhr in den staatlichen amerikanischen Betrieben. Zu weiterem kommt der Redner auf das arbeitspsychologische Institut in Dortmund zu sprechen, dessen Untersuchungen für die Arbeiter ausgewertet werden müssen.

Stitz (Dürrenberg) weist auf gewisse Auswirkungen der Rationalisierung hin, die bis jetzt viel zu wenig beachtet wurden. Das konstante Kapital wächst, das variable wird geringer, mit anderen Worten, die maschinelle Arbeitskraft verdrängt immer mehr die menschliche Arbeit. Ferner macht er Ausführungen über das Refa- und Bedaux-System, bei dem er keinen Unterschied findet. Bedaux kommt als Seelenmasseur. Er benutzt dazu einen Papierbogen, auf dem er jeden einzelnen aufzeichnet und mit anderen vergleicht. Die Bedaux-Arbeit untergräbt die Lebenszeit der Arbeiter. Die übermäßige Verausgabung von Nervenkraft führt zu baldigem Verfall. Ein Arbeiter in einem Bedaux-Betrieb wird viel früher arbeitsunfähig sein. Die Gewinnspanne mag zunächst erfolgreich erscheinen, aber je mehr der Arbeiter ausgequetscht wird, um so näher liegt auch die Gefahr einer Wirtschaftskrise. Rein gewerkschaftlich und vom Standpunkt des Betriebsrats ergeben sich gewisse Aufgaben. Das zeigt der Redner an dem Bedaux-System, das bei Hackethal in Hannover eingeführt wurde. Die Tarife müssen sauber und reinlich zwischen Zeitlohn, Akkordlohn und Prämienlohn unterscheiden. Dazu kommt die Arbeit am Fließband. Es muß also auch der Begriff des Pensumlohnes in die Tarife kommen. Die Möglichkeit der Normung und Typung und damit Fließarbeit wird immer größer, also muß vorsorglich der Pensumlohn in die Tarife.

Bote (Butab): Die Arbeit beim Bedaux-System müßte mit 100 bis 200 vH Mehrzulage bezahlt werden. Vom allgemeinen Standpunkt aus müßte die Bedaux-Arbeit überhaupt verboten werden.

Dieckmann (Dortmund): So absurd es klingt: die Betriebsräte merken die Veränderungen in der Produktionstechnik am deutlichsten. Wir müssen eine bestimmte Marschroute haben, um unser Verhalten gegenüber den Umwälzungen einheitlich zu gestalten. Der Arbeiter steht der Produktionsgestaltung wie einem Fremdkörper gegenüber, obgleich er das lebendigste Interesse an der Umgestaltung haben müßte. Bei jeder betriebstechnischen Veränderung kommt der Mann mit der Stoppuhr — sofern nicht schon von Anfang an für den „Durchschnittsarbeiter" die Zeit festgesetzt ist — und die Folge ist ein Abbau der Akkordlöhne. Die Tätigkeit der Betriebsräte ist zurzeit zu 90 vH auf Abwehr der Akkordabzüge gerichtet. In der Großeisenindustrie gibt es nur noch Tonnenprämienakkord, keinen Zeitakkord mehr. Glücklicherweise haben wir das Einspruchsrecht, wenn Akkordabzüge erfolgen. Wenn der Betriebsrat dabei ist, kann meist eine andere, bessere Regelung erzielt werden. Wir müssen danach trachten, die Arbeitskraft zu schonen, in der Großindustrie ist die Arbeitsintensität so gewachsen, daß eine weitere Anspannung unmöglich scheint. Und doch wird sie verlangt. Man spielt den technisch besteingerichteten Betrieb gegen andere aus und diktiert, daß die Leistungen des ersteren auch in dem schlechter eingerichteten Betrieb erzielt werden müssen.

Sinnwell (Werkmeisterverband): Wieweit sind dem Arbeitnehmer aus der Rationalisierung Vorteile erwachsen? Ich sage, bis jetzt haben nur die Unternehmer Vorteile und dies muß geändert werden. Die Gewerkschaften müssen künftig bei der Besprechung der Rationalisierung mehr an den Menschen denken. Der darf nicht vergessen werden.

Schmitz (Hamborn) spricht über die Stellung der Arbeiter zu dem Refa-System und über die Lohnverhältnisse in Hamborn. Dort arbeiten noch etwa 50 bis 60 vH in Zeitlohn. Für den Betriebsrat ist es manchmal sehr schwer, die richtige Stellung in dem Streit über die Zeitakkordbezahlung zu finden. Wo keine technischen Veränderungen vorkamen, halten wir uns an den Severingschen Schiedsspruch. Die Schädigungen der Arbeiter durch das Zeitakkordsystem sind kaum tragbar. Es muß versucht werden, durch die Tarife eine Veränderung der Akkorde zu unterbinden. Eng hängt alles mit der Nachtfrage zusammen, unser Hauptaugenmerk muß auf die Organisierung der Arbeiter gelegt werden.

Schulz (Breslau) spricht über die Lohnverhältnisse, Akkorde und Zeitaufnahmen in der erzeugenden und weiterverarbeitenden Industrie Schlesiens. In der Bewertung der Arbeiter herrschen verschiedenen Gruppen herrscht die schlimmste Willkür.

Höltge (Magdeburg): Je größer der Betrieb, um so schwerer ist die Verständigung der Arbeiter mit den Technikern, Werkmeistern und Angestellten. Der Unternehmer spielt Arbeiter und Angestellte gegenseitig aus, um besser herrschen zu können. Wir sind unbemerkt in eine gebundene Wirtschaft hineingeschlittert. Ein Mißstand ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Die Zahl der Arbeiter ist verringert, die der Angestellten aufgebaut und die Produktion gesteigert worden. Die Arbeitsleistung ist auf das Sechsfache hochgetrieben. Das ist höhere Nervenbelastung und Erhöhung der gesundheitlichen Gefahren.

Schliestedt (Vorstand): Sich gegen die Rationalisierung zu wenden, bedeutet die technische Entwicklung unterbinden. Es gibt aber Grenzen. Das Bedaux-System ist keine vernunftgemäße Anwendung der Technik. Im Kapitalismus hat die Technik ihren wahren Sinn verloren. Den sozialen Sinn der Technik mißachtet man. In der Rationalisierung sind bedeutende Fehlexperimente mit großem Kapitalaufwand zu verzeichnen.

Rosam gibt im Schlußwort Auskunft über verschiedene Fragen.

Den dritten Vortrag hielt Kollege Bührig, Betriebsrätesekretär im Hauptbüro Stuttgart. Er sprach über

Die Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1930

und führte dazu aus: Im Februar 1930 besteht das Betriebsrätegesetz 10 Jahre. Nach dem Erlaß im Jahre 1920 entstanden Auseinandersetzungen, ob die Betriebsräte in den Gewerkschaften erfaßt oder als selbständige Räteorganisation aufgezogen werden sollten. Die Auseinandersetzungen waren sehr heftig, da der Verfechter der selbständigen Räteorganisation, der Kollege Richard Müller in der Metallarbeiter-Zeitung, deren Schriftleiter er seit 1919 war, mit aller Schärfe für die Selbständigkeit der Betriebsräte wirkte. Der Verband entschied sich für die gewerkschaftliche Erfassung und so konnten sich die Betriebsräte als Fortsetzung der früheren Betriebsräte folgerichtig entwickeln. Es ist jetzt notwendig, wieder daran zu erinnern, wo Versuche gemacht werden, die Betriebsräte in gewerkschaftsfeindliche Bahnen zu drängen.

Die Betriebsräte sind zu einer wichtigen Einrichtung unseres Arbeitslebens geworden. Sie haben sich ihren Aufgaben gewachsen gezeigt. Das ist um so höher zu veranschlagen, als die hinter uns liegenden Jahre keine Zeit ruhiger Entwicklung waren. Es sei erinnert an die Inflation, an die Verschlechterung der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und die Verlängerung der Arbeitszeit 1923 und 1924. Der Rückgang der Gewerkschaften, dazu Krisen mit Kurzarbeit und erheblichen Betriebseinschränkungen haben die Tätigkeit der Betriebsräte erschwert. Dazu kam der dauernde Kampf mit den Unternehmern und oft auch in den Reihen der eigenen Kollegen Gleichgültigkeit, mitunter offene Feindseligkeit. In allen diesen Zeiten und Kämpfen haben die Betriebsräte ihren Mann gestanden. Daß sie ihren Aufgaben gewachsen waren, zeigen auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten.

Versagt haben sollen — nach Auffassung der Unternehmerpresse — unsere Betriebsräte in den Aufsichtsräten. Wenn man aber den Bericht des Unterausschusses der Enquetekommission, der sich mit dieser Frage befaßte, aufmerksam durchliest, so ergibt sich aus den Aussagen der dort mitwirkenden Unternehmer etwas wesentlich anderes. Die Hingabe und Sachkenntnis unserer Betriebsräte findet eine Anerkennung darin, daß die Betriebsrätebewegung fast ganz von den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen getragen wird. Für unsere Betriebsstatistik ist 1929 über 11 690 Betriebe mit 1 891 455 Beschäftigten (1 701 008 Arbeitern und 280 447 Angestellten) und 35 136 Betriebsräten berichtet worden. Die Zahl der Betriebe ist gegen das Vorjahr um 121 gestiegen. Hinzu kommen noch 323 Betriebe, für die 1928 berichtet, die aber 1929 als stillgelegt bezeichnet wurden. Die Konzentrationsbewegung und die Auswirkung der Rationalisierung in der Metallindustrie zeigt sich in der Tatsache, daß die Zahl der erfaßten Beschäftigten um 115 052 gesunken ist. Von den Betriebsräten sind 31 054 (im Vorjahr 31 015) Arbeiter und 4082 (4587) Angestellte. Das Organisationsverhältnis der Betriebsräte ist folgendes: Deutscher Metallarbeiter-Verband 25 462 (25 413) = 82 vH, in anderen freien Verbänden 1891 (21 Christen 1970 (1855), Hirsch-Duncker-Richtung 499 (566), Union 61, Gelbe 35, Kommunisten 295, Unorganisierte 841. Von den gestellten gehören 2702 dem Afabund und 982 gegnerischen Org sationen an; 448 sind unorganisiert. Betriebe ohne Betrieb wurden 1338 gemeldet. Völlig von der Arbeit freigestellt 288 Betriebsräte.

Wenig zu befriedigen vermag uns die Entwicklung der Re sprechung. Am 29. Mai 1929 hat das Reichsarbeitsgericht entschie der Betriebsrat sei nicht in erster Linie zur Wahrnehmung der w schaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gewählt und die Un stützung des Arbeitgebers in Erfüllung der Betriebszwecke t demgegenüber zurück, sondern beide Aufgaben seien gleichwe nebeneinander gestellt. Wenn der Betriebsrat bei seiner Tätig das nicht beachte, so handelt er nicht pflichtgemäß. Dieses Urteil Reichsarbeitsgerichts, das einer vollkommen falschen und die V hältnisse unseres gesellschaftlichen Lebens total verkennenden An entspringt, kann nur schärfsten Widerspruch auslösen. Es ist G einer Kette von falschen Meinungen, die mit dem Urteil vom 20. 1928 zum Betriebsrisiko begann. Mit der in diesem Urteil a gebauten „sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft" setzt Reichsarbeitsgericht selbstherrlich Bestimmungen des BGB au Kraft. Diese „Betriebsverbundenheit" wird benutzt, um den C rakter der Arbeitszeitverordnung entgegen der ausdrücklichen V erkennung des Reichsarbeitsgerichts selber in sein Gegenteil verkehren und soll die Betriebsräte zwingen, das Interesse Unternehmer vor die Bedürfnisse der Belegschaft zu stellen.

Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen werden wir auß ordentlich heftige Kämpfe erwarten müssen. Die auf die Zerstöru der Gewerkschaften gerichteten Bestrebungen der Kommunistisch Partei und der Gelben glauben beide am ehesten verwirklichen können, wenn sie unsern Einfluß in den Betriebsräten zuri drängen. Der Kampf der Kommunisten gegen die Gewerkschaften seiner heutigen Form begann mit der Bildung besonderer „Kam leitungen" anläßlich der Aussperrung im Ruhrgebiet. Es fol dann die Parole auf Aufstellung besonderer Vorschlagslisten geg die Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen. Die Ergebnisse die Vorgehens wurden von der kommunistischen Presse als großer S gefeiert. In der Metallindustrie ist es insgesamt in 55 von d 11 690 statistisch erfaßten Betrieben zur Aufstellung einer solch Liste gekommen. Selbst in diesen Betrieben, wo die Kommunist alle Voraussetzungen für einen Erfolg ihres Vorgehens gegeb hielten, haben sie nur 295 von insgesamt 838 (davon 694 Arbeite Mandaten erlangen können. Was haben die KPD-Betriebsräte n geleistet? Auf eine Umfrage des Vorstandes bei den einzelnen Ve waltungsstellen wurde übereinstimmend berichtet, daß diese Betrieb ratsmitglieder entweder gar nicht in die Erscheinung treten od ihre Aufgabe in parteipolitischer Propaganda erblicken. Nach de Willen der KPD sollen diese Wirtschaftskämpfe organisieren u führen, unabhängig von den Gewerkschaften. Dem von der KP einberufenen Kongreß der sogenannten „Gewerkschaftsopposition Ende November 1929 ging in der „Roten Fahne" ein Bericht üb derartige Kämpfe in Berlin voraus. Die „Rote Fahne" muß z geben, daß sämtliche Kämpfe verloren gingen und zahlreiche Arbeit nicht wieder in die Betriebe hineinkamen. Bei der Firma Loren Berlin mußte der Betriebsrat bekennen, daß ihm die Mißstände i Betriebe, wegen denen der Kampf ausbrach, nicht einmal bekan gewesen sind. Der erwähnte Kongreß der „Gewerkschaftsopposition hat beschlossen, daß 1930 in jedem Betriebe unbedingt eine komm nistische Liste aufgestellt werden muß. Kommunistische Gewerkschaft mitglieder, die sich dieser Parole nicht fügen, werden von der KP gemaßregelt.

Dieses Vorgehen der Kommunisten hat eine weitere Schädigur der Arbeiterschaft im Gefolge, daß dadurch der Boden für die Gelbe vorbereitet wird. Auch diese wollen 1930 mit verstärkter Macht ve suchen, die „marxistischen" Gewerkschaften aus den Betriebsvertr tungen zu verdrängen. Ein Rundschreiben des Stahlhelms, das na der Auflösung seiner Landesgruppen im Rheinland und Westfal verbreitet wurde, verpflichtete die Mitglieder, mit der kommunistische Methode des Zellenbaues in den Betrieben und den proletarische Massenorganisationen zu arbeiten. Das soll auch in Gemeinscha mit den Kommunisten erfolgen. Die Gewerkschaften sind heute d stärkste und geschlossenste Macht der klassenbewußten Arbeiterschaf Wir haben keine Ursache, den Ansturm von links und rechts z fürchten, aber es ist eine ungeheure Schädigung der Arbeiterklas ein Verbrechen, durch das ihr Aufstieg gehemmt wird. Darum müsse wir bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen alles dransetzen diese Anschläge abzuwehren.

Der Vorstand hat beschlossen, daß im Anschluß an die Konferen des Reichsbeirats in allen Bezirken des Verbandes Bezirksbetriebs rätekonferenzen stattfinden sollen. Diese sollen den Auftakt bilde für den Wahlkampf um die Betriebsräte. Arbeiten auch sie und di Kollegen im Lande mit, dann werden wir im Interesse der Betriebs räte-Gewerkschaftsbewegung die beabsichtigten Angriffe erfolgrei abwehren.

Dem Vortrag folgte eine Aussprache, in der die Betriebsrät ihre Erfahrungen und Beobachtungen zum Ausdruck brachten. Al gemein wurde festgestellt, daß die Treibereien der Kommunist ihnen ihre Arbeit ungeheuer erschwere und daß der ganze Erfol nur in einer Stärkung der Gelben bestehe. Wo die Kommunist einmal eine Bewegung nach ihrer Methode geführt haben, dort i die Arbeiterschaft auf Jahre hinaus zur Ohnmacht verdammt. Trotz dem wird die Wahl nach keiner Seite gefürchtet. Die Betriebsrät haben die Gewißheit, das Menschenmögliche für die Belegschaft geleistet zu haben, die denkenden und verantwortungsbewußten Kol legen im Betrieb anerkennen die schwierige Arbeit, Mißmut mime nur die Querulanten und Stänkerer, denen es keine Richtung rech machen kann. Das trifft am meisten bei den Gelben und bei de Kommunisten zu, die überraschend schnell ihren ganzen Anhang ver lieren, wenn sie in der Hohlheit ihrer Agitationsredereien erkann sind. Die Kollegen Reinirkens (Essen), Schneider (Leipzig) Frisch (Gelsenkirchen), Dickmann (Dortmund), Lohkam (Berlin) und Holz (Stettin) ergänzten durch ihre Ausführungen wirkungsvoll den Vortrag. Nach einem Schlußwort wurde folgend Entschließung einstimmig angenommen:

Die dauernde Massenarbeitslosigkeit beweist immer größeren Kreisen des werktätigen Volkes die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu einer geordneten Regelung der Warenproduktion und Verteilung. Ihre Ablösung durch eine höhere Wirtschaftsform wird zwingend. Im Kampf um diese Forderung stehen die freien Gewerkschaften in erster Linie; sie mächtiger und einflußreiche zu gestalten, ist deshalb höchste Pflicht jedes Arbeiters und An gestellten.

Entgegen dieser Pflicht sieht die Kommunistische Partei und ihre Presse ihre Aufgabe fast ausschließlich in der gemeinsten Be kämpfung der Gewerkschaften. Durch ihre Verleumdungen und Beschimpfungen klassenbewußter Arbeiter und ihrer Vertreter be reitet die KPD den Boden für die gelbe Bewegung, liefert Ar beiterfeinden das Material und unterstützt die Reaktion in ihren Feldzug gegen die Arbeiterklasse. Wer daher diese Partei und ihr Presse unterstützt, wer ihre Weisungen befolgt, handelt arbeiter feindlich.

Die Kommunistische Partei will bei den Betriebsrätewahlen 1930 ihr arbeiterschädliches Treiben durch Aufstellung besondere gegen die Gewerkschaften gerichteter Kandidatenlisten fortsetzen Wer diese Sonderlisten unterstützt, kann nach den Verbandstags beschlüssen nicht Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Der Reichsbeirat der Betriebsräte der Metallindustrie er wartet von der Metallarbeiterschaft im Reiche, daß sie geschlosse die Listen der freien Gewerkschaften unterstützt und den kommu nistischen Kandidatenlisten eine noch vernichtendere Niederlage als im letzten Jahre bereitet.

Damit fand die Tagung ihr Ende. Mit einem begeistert auf genommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die deutsche Arbeiterbewegung trennten sich die Vertreter, um im Sinne der Beschlüsse im Lande weiter für die Betriebsrätebewegung und für unsern Verband zum Wohle der Arbeiterklasse zu wirken.

Oasen in der Wüste

Das Werk der jüdischen Arbeiter in Palästina

Von Dr. Walter Preuss, Tel-Aviv (Palästina)

Palästina ist ein landwirtschaftliches Land, obwohl in den letzten Jahren auch vielversprechende Anfänge industrieller Tätigkeit bemerkbar sind, die mit der Ausbeutung der chemischen Schätze des toten Meeres, den Ausbau des Elektrizitätsnetzes durch Ausnützung der Wasserkräfte des Landes, durch Ausbau der Häfen und Verkehrswege in den nächsten Jahren steigende Bedeutung gewinnen werden. Allein die jüdische Kolonisation des Landes wird ihr Schwergewicht auf die Landwirtschaft legen müssen, da die natürlichen Landesbedingungen sowie die ideologische Einstellung der Arbeitereinwanderer dies erfordern. Die ersten organisierten Arbeitereinwanderer in den Jahren 1904 bis 1914 versuchten unter großen Opfern und Entbehrungen in den bestehenden großen jüdischen Pflanzungskolonien, die schon damals zahlreiche Lohnarbeiter beschäftigten, festen Fuß zu fassen. In den Pflanzungen schanzen sehr billige unorganisierte Fellachen mit zahlreichen Frauen und Kindern. Für diese ist die Beschäftigung in den jüdischen Kolonien meist nur eine Saisontätigkeit, während der jüdische Arbeiter ganz auf Lohnarbeit angewiesen ist. Dazu kommt die offene Abneigung der Kolonisten, kulturell überlegene und organisierte Arbeiter zu beschäftigen! Alles dies machte es fast unmöglich, daß die jüdischen Arbeiter in der Landwirtschaft ein Unterkommen fanden.

1. Mai 1929 im Volkshaus zu Tel-Aviv

Allein die Arbeiter, für die es sich damals um nichts Geringeres handelte als wieder auszuwandern oder zu verhungern, suchten einen Ausweg. So entstand die Idee, genossenschaftliche Siedlungen unter Ausschluß jeglicher Lohnarbeit auf dem durch den jüdischen Nationalfonds erworbenen Boden zu gründen. Auch die Ideen der Siedlungsgenossenschaft auf Grund der Pläne von Professor Franz Oppenheimer begannen unter einem Teil der Arbeiter Anhänger zu gewinnen. So entstand in den letzten sechs Vorkriegsjahren in Galiläa eine Reihe von kollektiven Arbeitersiedlungen auf der Grundlage: Nationaler Boden, Eigenarbeit, gegenseitige Verantwortlichkeit und Hilfe, Ausführung der Arbeiten unter eigener Verantwortung der Genossen. Für diese Siedlungen, die sehr bald auch wirtschaftlich ihre Daseinsberechtigung erwiesen, setzte sich die inzwischen im Landarbeiterverband vereinigte Arbeiterschaft mit großem Nachdruck ein.

Selbst während des Krieges stockte diese Bewegung nicht. Mit Hilfe des von den jüdischen Arbeitern der ganzen Welt genährten „Palästina-Arbeiter-Fonds" entstanden eine Reihe weiterer Siedlungen im oberen Galilei, die im Jahre 1919 heldenmütig gegen Räuberbanden verteidigt wurden.

Von umwälzender Bedeutung für den Ausbau des Siedlungswerkes wurde das Jahr 1921, als der Ankauf ansehnlicher Bodenflächen in der Ebene zwischen Haifa und Jordantal mit einem Schlag die Ansiedlung von 500 Arbeiterfamilien ermöglichte. Seitdem hat das Siedlungswerk ständig zugenommen; an Stelle von 600 Siedlern im Jahre 1921 beträgt ihre Zahl heute 6000 Köpfe. Die Größe des Versuches, der alle Kräfte der Arbeiterschaft entfachte, ermöglichte es ihr, neue soziale und wirtschaftliche Formen der Siedlung zu finden und zu verwirklichen. Im wesentlichen sind es zwei Grundformen: 1. Die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft oder Kommune, die auf der Grundlage genossenschaftlicher Produktion und Konsumtion aufgebaut ist. Die Arbeit in sämtlichen Wirtschaftszweigen, auch in den hauswirtschaftlichen, wird durch eine von allen Genossen gewählte Leitung eingeteilt und geleitet. Auch die Erziehung der Kinder erfolgt von früher Kindheit an gemeinsam auf Kosten der Gesamtheit. Entsprechend den Möglichkeiten der Wirtschaft wird für die Bedürfnisse der Genossen gesorgt. 2. Die genossenschaftlichen Siedlungen auf individueller Grundlage; jeder Siedler erhält die gleiche Bodenfläche, die so bemessen ist, daß Lohnarbeit ausgeschlossen bleibt, zu persönlicher Bearbeitung. In Fällen, wo Hilfeleistung erforderlich ist, wird durch gegenseitige Hilfe der Genossen selbst die Lücke ausgefüllt. Der Reingewinn der Arbeit kommt aber dem Einzelnen zugute. Einkauf und Verkauf sind genossenschaftlich, der Boden ist auch hier nicht Privatbesitz, sondern wird in Erbpacht den Siedlern durch den jüdischen Nationalfonds übertragen.

Die Zahl der Siedlungen ist heute 38, von ihnen sind 24 genossenschaftlich. Die Bodenfläche beträgt 10 000 Hektar, das bisher angelegte Kapital 700 000 Pfund Sterling. Außer diesen Siedlungen bestehen noch mehrere Arbeiterinnenfarmen, die sich gut entwickeln. Allein auch in den privaten Kolonien konnte durch neue Formen genossenschaftlicher Arbeitsübernahme und Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung das Prinzip der organisierten Arbeit weitgehend verwirklicht, der Arbeitslohn erhöht und die Zahl der beschäftigten organisierten Arbeiter stark vergrößert werden. Sie beträgt heute 8000. Die Arbeiterschaft hat sich auch ein erfolgreiches Amt zur Übernahme landwirtschaftlicher Arbeiten von privater Seite (Anlage von Bojaren usw.) geschaffen, das die Arbeiter vor Ausnutzung durch private Unternehmer bewahrt.

Das Bestreben der jüdischen Arbeiter Palästinas, mit allen Mitteln festen Fuß im Lande zu fassen bei Ausschaltung der in Kolonisationsländern üblichen Ausbeutung führte sie zur Schaffung einer Reihe von wirtschaftlichen und sozialen genossenschaftlichen Einrichtungen. Von ihnen nennen wir hier die Arbeiterbank mit einem Grundkapital von 100 000 Pfund Sterling, die den Siedlungen zu Hilfe kommt; den Konsumverein „Maschbir" und die Absatzgenossenschaft „Tnuvah". Der erstere übernimmt die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften, während „Tnuvah" vor allem die landwirtschaftlichen Produkte der Arbeitersiedlungen (Tnuvah ist die zentrale Milchabsatzorganisation des Landes) absetzt. Der Jahresumsatz beträgt zwischen 150 000 und 200 000 Pfund.

In der Stadt bestehen 50 genossenschaftliche Betriebe von Schlossereien, Tischlereien, Bettenherstellung, Druckereien, Kleidungsgewerbe usw., die 700 Arbeiter beschäftigen. Einige von ihnen gehören zu den besten und größten des Landes. Sie unterstehen einer eigenen Genossenschaftszentrale. Ihre Entwicklung ist, im Gegensatz zu manchen in Europa, durchaus erfreulich.

Die große genossenschaftliche Bauunternehmung „Solel-Boneh", die innerhalb 6 Jahren für $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Arbeiten ausführte und im Durchschnitt 2000 Arbeiter beschäftigte, mußte 1927 mit Einsetzen der Baukrise im Lande ihre Tätigkeit zeitweilig einstellen. Ihr Fehlen macht sich für die Bauarbeiterschaft sehr nachteilig bemerkbar.

Von sozialen Einrichtungen ist neben einigen kleineren, wie die Arbeiter-Anleihe- und Sparkasse sowie die im Anfange ihrer Entwicklung stehende Lebensversicherung „Haßneh", vor allem die seit 1913 bestehende Arbeiterkrankenkasse, die heute 25 vH der jüdischen Bevölkerung im Lande versorgt, zu nennen. Sie hat einen Haushalt von 50 000 Pfund jährlich, die zu 60 vH von der Arbeiterschaft selbst kommen, während die Unternehmer mangels eines verpflichtenden Gesetzes sich nur mit 12 vH beteiligen. Es ist allerdings den Gewerkschaften gelungen, fast alle Industriellen zur Bezahlung des Unternehmerbeitrages zu veranlassen. Die Krankenkasse unterhält ein umfangreiches Netz von Krankenhäusern, Apotheken usw. und beschäftigt 150 Ärzte, Apotheker und Hilfspersonen. Von besonderer Wichtigkeit sind die beiden Arbeitersanatorien. Das eine mit 50 Betten liegt in schönster landwirtschaftlicher Umgebung in der Nähe von Jerusalem.

Die Tätigkeit der Kulturkommission der Arbeiterschaft erstreckt sich auf jedes Alter, beginnend mit den Kindern und endet mit den Erwachsenen; ja eigentlich beginnt sie schon vor der Einwanderung nach Palästina durch die „Hechaluz" (Pionier), die die jüdischen Arbeiter geistig und körperlich, zum Teil in eigenen Lehrfarmen für ihre Tätigkeit in Palästina vorbereitet. Die Kulturkommission unterhält in eigener Verwaltung dreizehn Schulen mit 773 Schülern und 29 Kindergärten mit 704 Kindern in den landwirtschaftlichen Siedlungen. Eine besondere Schule unter der Leitung der Kulturkommission, in der die Kinder bis nachmittags bleiben und selbst kochen, besteht auch in Tel-Aviv. Das Schulwerk ist natürlich von den modernsten Grundsätzen getragen.

Die Kulturkommission entfaltet auch eine umfangreiche Tätigkeit unter der Arbeiterjugend. In vier Abendschulen in den vier größten Städten (es sei erwähnt, daß bisher weder Schul- noch Fortbildungsschulpflicht in Palästina bestand) werden ständig in 15 Klassen 310 arbeitende Kinder, die nicht genügend Schulbildung gehabt hatten, fortgebildet. Seit einem Jahr ist mit Hilfe der amerikanisch-jüdischen Arbeiter die erste Fachausbildungswerkstätte im Metallgewerbe für 30 Schüler eingerichtet worden.

Vielfältig ist die Tätigkeit unter den Erwachsenen. Neben ständigen Vorträgen und Seminaren für alle Fragen der Bewegung, Konzerte, Wanderungen usw. ist besonders erwähnenswert die Bibliothek mit 86 Zweigstellen im ganzen Land, die heute 80 000 Bücher besitzt. Lesesäle mit Zeitschriften in allen möglichen Sprachen werden in 64 Punkten unterhalten. Gleichzeitig wird die Fachausbildung der Arbeiter durch Abhaltung von Fachkursen unterstützt. Auch die Herausgabe der Tageszeitung „Davar" sowie einer Reihe von Fachzeitschriften in den einzelnen Gewerkschaften sind natürlich wichtige Instrumente der Erziehung. In den Abendkursen der Kommission lernen ständig zwischen 2000 bis 3000 Arbeiter hebräisch nach einem eigenen Lehrbuch, das zugleich eine Einführung in die Arbeiterbewegung darstellt. Die Kulturkommission als solche gab in den letzten Jahren auch 21 Bücher in hebräischer Sprache, darunter Schriften von Lassalle, Kropotkin usw. heraus.

Eine große Bedeutung kommt schließlich dem Arbeitertheater „Ohel" (Das Zelt) zu, das nach gründlicher Vorbereitung mit Aufführungen, deren künstlerisches Streben im ganzen Lande anerkannt wurde, an die Öffentlichkeit trat und das seine Aufführungen (darunter Stücke von Perez, Heyermanns, Stefan Zweig, Krasninikow, Czapek) auch in den abgelegensten landwirtschaftlichen Siedlungen zeigt. Die Schauspieler sind am Tage teilweise bei körperlicher Arbeit beschäftigt und leben in Gemeinschaft.

Zum Schluß erwähnen wir, daß die Bewegung auch die körperliche Erziehung nicht vernachlässigt. Es besteht ein der Zürcher Arbeitersportinternationale angeschlossener Sportverein „Hapoel" (Der Arbeiter), der 3500 Mitglieder zählt und schon manchen schönen Erfolg aufzuweisen hat.

Lebensversicherung im Tarifvertrag

Von den Gewerkschaften Nordamerikas erfreuen sich die der Bauhandwerker der besten Arbeitsbedingungen. Nicht nur, daß der Stundenlohn der gelernten Leute im Mittel 1,50 Dollar beträgt, auch die 40stündige Arbeitswoche breitet sich erfreulich rasch aus. Jetzt haben nun zwei Ortsgruppen von Bauhandwerkern, und zwar die Elektriker in Neujork und St. Louis, eine tarifvertragliche Besserung errungen, die wohl einzig in der Welt dastehen dürfte.

Die Bruderschaft der Elektriker (International Brotherhood of Electrical Workers) zählt nach dem Bericht des amerikanischen Gewerkschaftsbundes 142 000 Mitglieder. Ihre stärkste Ortsgruppe, die in Neujork, zählt etwa 8000 Mann. Das Unternehmertum des neujorker Elektrizitätsgewerbes, die Electrical Contractors Association, ist organisatorisch nicht weniger stark. Wiederholt recht hartnäckig geführte Lohnkämpfe haben diese Unternehmergruppe innewerden lassen, daß es für sie wirtschaftlich vorteilhafter ist, Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter zu zeigen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist eine tarifliche Neuerung entstanden, die nun kurz skizziert werden soll.

Nach dem neuesten Tarifvertrag werden nun in Neujork, wie bisher schon in St. Louis, die Unternehmer der Elektrizitätsbranche für alle ihre organisierten Arbeiter die Kosten einer Lebensversicherung tragen, die in jedem Sterbefalle eine Summe von 3000 Dollar, bei völliger Arbeitsunfähigkeit eine Summe von 30 Dollar den Monat und nach dem 65. Lebensjahre eine dauernde Pension von 40 Dollar den Monat verbürgt. Die Unternehmer tragen die Kosten für diese dreifache Versicherung allein. Nun haben zwar in den Vereinigten Staaten schon viele Industriegesellschaften Versicherungen mancherlei Art für ihre Arbeiter eingeführt, wenn sie auch meist bedeutend geringere Geldsätze vorsehen. Aber diese Versicherungen wurden zu werksgemeinschaftlichen Zwecken gemacht. Sie dienen dazu, den Arbeiter ans Werk zu fesseln, ihn gefügig zu halten und den Gewerkschaften abspenstig zu machen. Dieser lieblichen Sache werden in der Tat schwere Summen geopfert und ein gewisser Erfolg ist zweifelsohne zu verzeichnen, wie ja schon die hohe Zahl von Werksgemeinschaften, Company Unions genannt, bezeugt. Diese Art von Wohltäterei läuft wie jede andere, die das Unternehmertum verübt, auf die Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter hinaus. Wer aus dem Werke scheidet, geht der Unterstützung durch die Versicherung verlustig. Es hängt demnach vom Unternehmer ab, ob der Arbeiter jemals in den Genuß der werksgemeinschaftlichen Versicherung kommt.

Diesem Unfug ist in dem Lohnabkommen der Elektriker vorgebeugt. Jedem Arbeiter ist die Versicherungssumme gesichert, ganz gleich, wie oft er die Stellung wechselt und wo er schafft, sofern er nur Mitglied der Gewerkschaft ist. Wenn man einer Pressemitteilung glauben darf, zahlen die Unternehmer je Arbeiter und Arbeitsstunde bis zu 20 Cents (= 0,84 Mark) für die Versicherung. Dieser Betrag wird indessen nach einem Jahre herabgesetzt werden können, da dann ein Reservefonds angesammelt sein wird.

Mit dieser ganz auf Kosten der Unternehmer gehenden Versicherung wird das Unterstützungswesen der neujorker Elektrikergewerkschaft erheblich verbessert. Jedes Mitglied hat schon durch die Gewerkschaft eine Lebensversicherung für 2000 Dollar, weiter werden im Todesfalle 1000 Dollar und eine Altersrente von 42 Dollar monatlich bezahlt. Durch die neue tarifliche Versicherung erhalten nun die Mitglieder der neujorker Gruppe insgesamt bei Todesfall 6000 Dollar, außerdem eine monatliche Altersrente von 82 Dollar vom 65. Lebensjahre ab. Daß die organisierten Elektriker in St. Louis ähnliche Sätze erhalten, wurde schon angedeutet.

F. K.

Die „zeitweiligen" Einstellungen

Schon seit langem findet man in der Sowjetpresse immer wieder Hinweise darauf, daß die Wirtschaftsorgane bestrebt sind, Arbeitskräfte, die sich ihnen auf dem freien Markt anbieten, „zeitweilig" einzustellen, um auf diese Weise die Sozialasten, die bei einer zeitweiligen Einstellung viel geringer sind als bei tarifmäßiger, herabzusetzen. Neuerdings widmet die Zeitschrift des Arbeitskommissariats Woprossy Truda (Nr. 11) dieser Angelegenheit einen längeren Aufsatz, in dem es unter anderm heißt:

Geradezu eine Geißel unserer Industrie und des Arbeitsmarktes sind die „zeitweiligen Arbeiten". Es ist sehr bezeichnend, daß die Einstellung für zeitweilige Arbeiten gemäß der laufenden Statistik der Arbeitsbörsen 80 bis 85 vH erreicht. Selbst in der industriellen Gruppe hat im März d. J. die Einstellung für „zeitweilige" Arbeiten 80 vH gegen 73 im März vorigen Jahres und 58 im März 1927 erreicht. Das starke Überwiegen der zeitweiligen Arbeitseinstellung ist durch folgende Umstände in erster Linie zu erklären: a) Mängel in der planmäßigen Verteilung der Arbeitskraft in den einzelnen Werken, das heißt unzureichende Übereinstimmung des Arbeiterbestandes mit dem jeweiligen Produktionsprogramm; b) das Bestreben einer Reihe von Wirtschaftsorganen, durch zeitweilige Einstellung Ersparnisse zu erzielen; c) das Mißtrauen der Wirtschaftsorgane gegen die Arbeitskräfte, die ihnen von der Arbeitsbörse bereitgestellt werden.

Eine von den Arbeitsbörsen durchgeführte Untersuchung von mehr als 200 Industriebetrieben und Behörden hat ergeben, daß eine ganze Reihe von ihnen ausschließlich und ganz planmäßig nur „zeitweilig" einstellt und dann erst aus den zeitweilig Eingestellten den ständigen Arbeiter- und Angestelltenbestand ergänzt. Das wird auch durch die laufende Statistik der Einstellungen und Entlassungen bestätigt. Eine Gegenüberstellung der Einstellungen und Entlassungen von „zeitweiligen Arbeitskräften" in den Großbetrieben ergibt folgendes Bild:

1927/28	zeitweilig eingestellt (in vH)	entlassen nach Ablauf der Einstellungsfrist (vH)
1 Vierteljahr	54,6	28,9
2 Vierteljahr	53,4	22,3
3 Vierteljahr	58,8	19,5

Aus diesen Zahlenreihen ergibt sich, daß ein erheblicher Teil der nur „zeitweilig" Eingestellten nachträglich dauernd im Betriebe verbleibt.

Konferenz des Bezirks Stuttgart

Die Konferenz fand am 22. Dezember in Karlsruhe statt. 91 Vertreter mit einer Anzahl Mitglieder der Bezirkskommission nahmen daran teil. Der Bezirksleiter Kollege Scheck gab seinen Geschäftsbericht. Der Redner behandelte eingehend die wirtschaftliche Lage der einzelnen Branchen im Bezirk. Wie unterschiedlich die Wirtschaftskrise wirkt, beweisen folgende Zahlen. Während in Stuttgart auf 1000 Einwohner 15,8 Arbeitslose kommen, sind es in Karlsruhe 31 und in Mannheim gar 86,5.

Der Mitgliederstand im Gesamtverband erhöhte sich vom 1. Januar 1929 bis 30. September 1929 von 944 810 auf 952 745, im Bezirk Stuttgart hat die Mitgliederbewegung folgenden Verlauf genommen: am 1. Januar 1929 ein Mitgliederstand von 97 711, am 31. März 1929 98 200. Also einen Zuwachs von 489. Nun beginnt aber der Rückgang. Im zweiten Vierteljahr 95 964 und im dritten 93 934 Mitglieder. Abnahme 4277. Ein Beweis, wie heftig wir als Grenzbezirk von der Wirtschaftskrise geschüttelt werden.

Auch die Auszahlung der Unterstützung bestätigt dies. In den ersten drei Vierteljahren von 1929 allein 814 786 M an Arbeitslosenunterstützung gegen 272 389 M im Jahre 1928. Im Gesamtverband wurden in demselben Zeitraum 3 460 112 M gegen 7 324 406 M im ganzen Jahr 1928 ausbezahlt. Die Ausgabe für alle Unterstützungsarten beträgt im Gesamtverband in den ersten drei Vierteljahren dieses Jahres 18 529 700 M, sie sind also jetzt schon wesentlich höher als im ganzen Jahr 1928.

Redner beschäftigt sich dann mit den fortgesetzten Stillegungsanträgen und kommt zu dem Schluß, daß nicht immer wirtschaftliche Notmaßnahmen zu solchen Anträgen zwingen. Die Praxis lehrt, daß sie vielfach zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen benützt werden. Es sei deshalb mehr als bisher von den Gewerbeaufsichtsämtern zu verlangen, daß die Gewerkschaften zur Erledigung von Stillegungsanträgen herangezogen werden, um dabei die Sache der Arbeiter wahrzunehmen. Die **Lohnbewegungen** in Württemberg, Baden und in der Pfalz haben nicht das gebracht, was notwendig gewesen wäre. Das Ziel der Lohnbewegungen war, die Tariflöhne an die Istverdienste heranzubringen. Daß die Metallarbeiter die niedersten Tariflöhne aufweisen, ist unhaltbar, entspricht auch nicht der Bedeutung der Metallarbeiter im Wirtschaftsgetriebe. Auch aus arbeitsrechtlichen Gründen müssen die Tariflöhne an die Wirklichkeitsverdienste herangebracht werden. Es muß aber die Arbeiterschaft erkennen, daß **Lohnfragen Machtfragen** sind. Nicht das Wollen, das Können ist das Entscheidende. Deshalb immer wieder Stärkung der Organisation.

Die Lohnbewegungen der **handwerksmäßigen Betriebe** sind etwas günstiger verlaufen. Hier können wir uns mit unsern Tarifverträgen neben den andern Wirtschaftsgruppen sehen lassen. Doch auch in den Innungsbetrieben usw. gibt es noch viel nachzuholen.

Die **Betriebsrätebewegung**. Eine ganze Reihe von Betrieben ist immer noch ohne gesetzliche Vertretung. Die Leute überlegen sich nicht, welche arbeitsrechtliche Bestimmungen sie durch Nichtwahl eines Betriebsrats preisgeben. Die von der KPD herausgegebenen Parolen für die Betriebsratswahlen. Wer sich an solchen gegen das Verbandsstatut und die Verbandstagsbeschlüsse verstoßenden Aktionen beteiligt, hat auch die Folgen seiner Handlungsweise zu tragen. Genau wie die KPD in ihren eigenen Reihen auf Ordnung und Disziplin hält, müssen wir dies auch in unserer Organisation tun. Die so oft behaupteten Massenausschlüsse liegen nicht vor. 1928 mußten 850 aus dem DMV ausgeschlossen werden, davon 269 wegen Streikbruch, 15 wegen Unterschlagung, 11 wegen Betrug usw., 49 wegen unkollegialem Verhalten und Schädigung des Verbandes.

1929 war ein hartes Arbeitsjahr. Trotz aller Schwierigkeiten haben wir nicht nur unsere Position gehalten, sondern stellenweise auch ausgebaut. Gewiß ist der Erfolg, gemessen an der aufreibenden Arbeit nicht allzu groß. Aber die Tatsache, daß es trotz Krise vorwärts gegangen ist, zeigt die Stärke des Verbandes. Wieviel mehr könnten wir aber erzielen, wenn alle Arbeiterinnen und Arbeiter sich in die Front der überzeugten Gewerkschafter eingliedern würden.

Es folgt nun die Aussprache, woran sich die Kollegen Wöhrle, Kraus, Fleck, Joos, Schulenburg, Klein, Fehrenbach und Schultheiß beteiligen. Das Erfreuliche war, daß alle Ausführungen von Sachlichkeit und Verantwortungsgefühl getragen waren. Die Arbeit der Bezirksleitung wurde anerkannt. Sodann sprach Kollege **Handke** über den Young-Plan und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart Rötestraße 16

Verlagsgesellschaft des DMV, Stuttgart In Kürze erscheint in unserem Verlage:

Interessengemeinschaften Konzerne und Wirtschaftsverbände im Maschinen- und Apparatebau

Herausgegeben vom Vorstand des DMV

Das Buch, zirka 80 Seiten stark, kostet in Ballonleinen durch den Buchhandel 3,50 Mark, für unsere Mitglieder **2 Mark**

Die vorliegende Schrift gibt ein anschauliches Bild der Konzentrationsbestrebungen im Maschinen- und Apparatebau, diesem für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Industriezweig. Allen Interessenten, die sich über die Zusammenhänge der Wirtschaft unterrichten wollen, bietet das Buch eine sonst nirgends vorhandene Übersicht. – Dieses Buch sollte jeder Betriebsrat der Fertigindustrie besitzen, es dürfte in keiner Betriebsratsbibliothek fehlen

Bestellungen sind zu richten an die Verwaltungstellen des DMV

Die Energie Fachzeitschrift für Krafterzeugung und -Verteilung / Elektrotechnik Maschinenbau, Metallbearbeitung

Reichhaltig in Kupfertiefdruck illustriert / Erscheint jeden Monat / 25 Pf. pro Heft

Bezug durch sämtliche Verwaltungstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Korpulenz [illegible]

Asthma [illegible]

Hämorrhoiden sind peinigende Qualen und Folgen zu trägen Stoffwechsels, mangelhafter Blutmischung und Bluterneuerung, vernachlässigter Stuhlentleerung, sitzender Lebensweise und Diätfehler. Philippsburger Herbaria-Hämorrhoidaltee regt den Stoffwechsel an und scheidet schädliche Stoffe aus, nimmt damit den Nährboden für Hämorrhoiden und sorgt durch gründliche Ausscheidung unbrauchbaren Blutes durch die sogen. „Goldene Ader" für natürliche Beseitigung der Hämorrhoiden. Dankschreiben: Meine Ehefrau, welche schwer an Hämorrhoiden litt, ist durch diesen Tee geheilt worden. gez. Franz Hand, Stettin.

[illegible] Trocken einzunehmen.

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg KAH 304 / Baden.

Jhr Wunsch [illegible] Kaum erfüllbar [illegible]

Wenn Schmerzen Togal Tabletten
Togal Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notar. Beglaubigung anerkennen über 6000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. RM 1.40 [illegible]

Billige böhmische Bettfedern

[illegible] Benedikt Sachsel, Lobes 26 bei Pilsen, Böhmen

Heimarbeit [illegible]

Geld wie Heu sparen Sie bei Einkauf meiner **Gänsefedern**. Verlangen Sie Gratismuster und Preisliste. Anna Wodrich Bettfedernversand Neu-Trebbin 40 Oderbr.

Wacholderbeersaft seit alters anerkannt als Blutreinigungsmittel liefert ½ kg Dosen oder 12 Flaschen RM 6.– franko Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha 32

Betten (Stahl u. Holz) Polster, Schlafzimm., Stahlmatr., Kinderb., Chaisel. a. Private Ratenz. Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl

Laubsägen Holz Werkzeuge Vorlagen [illegible]

Druckarbeiten jeder Ausführung Verlagsgesellschaft des DMV Stuttgart liefert die Betriebsräte-Zeitschrift

Einzig und allein: Das älteste und größte Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands!

Mitteilung: Meine alten Kunden sandten mir im letzten Jahre 900 000 Nachbestellungen! Warum dieser gewalt. Andrang zu wiederholten Bestellungen? Antwort: naturgemäß nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise! Unter riesigen Warenmengen erhielt ich außerdem über 400 komplette Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren zur Abfertigung der eingegangenen Massenbestellungen im letzten Jahre! Heute erneute Preisherabsetzung! Gültig nur kurze Zeit.

Nr.	Preise per Meter / Breite	Mk. Pf.
70	Baumwollgewebe ungebleicht, leichte Sorte, für einfache Gardinen usw. 78 cm	0.15
71	Wischtücher gute Sorte, strapazierbar, 45×45 cm per Stück	0.15
72	Hemdentuch weiß, etwas leicht. Sorte 70 cm	0.27
73	Baumwolltuch ungebleicht, etw. leichte, solide Sorte 70 cm	0.27
74	Hemdenflanell indanthren-gestreift, aus guten Garnen 70 cm	0.27
75	Handtücher solide Strapazierware 40 cm	0.27
76	Hemdentuch weiß, gute Gebrauchsware 78 cm	0.37
77	Baumwolltuch ungebleicht, haltbare Sorte aus guten Garnen 78 cm	0.37
78	Hemdenflanell indanthren-gestreift, sehr solid u. haltbar 70 cm	0.37
79	Handtücher gute Strapazierqualität 40 cm	0.37
80	Hemdentuch weiß, für gute Wäschestücke 80 cm	0.47
81	Baumwolltuch ungebleicht, kräftig, fast unverwüstlich 78 cm	0.47
82	Hemdenflanell indanthren-gestreift, bessere fast unzerreißbare Sorte 72 cm	0.47
83	Zephir bessere Sorte, schöne mod. Muster 70 cm	0.47
84	Handtücher besonders dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität 40 cm	0.47

Nachstehend besonders ausprobierte Qualität:

Nr.	Artikel	Mk. Pf.
85	Hemdentuch weiß, vorzügliche Qualität 80 cm	0.57
86	Baumwolltuch ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Spez.-Qualität 78 cm	0.57
87	Hemdenflanell indanthren-gestreift, besond. reißfeste überaus haltbare Strapazier-Qualität 73 cm	0.57
88	Zephir feinfäd., dicht geschloss. aus edlen Garnen, eleg. Muster 70 cm	0.57

Besonders vorteilhaft! Vorübergehende Abgabe!

Nr.	Artikel	Mk. Pf.
89	Schlafdecken sehr solide Gebrauchsware, ca. 900 g schwer, Größe 140×190 cm p. Stück	2.25
90	Maccotuch weiß, garantiert rein Mayotlach, für besond. feine bess. Hemden u. Wäschestücke 80 cm	0.77
91	Hemdenflanell außerordentlich haltbare, fast unverwüstl. Qual. in indanthren-gestreift 77 cm	0.67
92	Hemdentuch weiß, feinfädig dicht geschloss., vorzügl. prima Qualität, jedoch nicht vollkomm. reinweiß gebleicht 80 cm	0.60
93	Gardinen sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen, mit schönen indanthrenfarbigen Streifen, etwas durchsichtig geweb.	0.33
94	Damentaschentücher weiß, Maccoausrüstung mit Hohlsaum, feinfädig bes. beliebte Qualität, Größe ca. 30×30 cm ½ Dtz.	0.85

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter, bzw. bis 20 Dtzd. an einen Kunden. Versand per Nachnahme von Mk. 10.– an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.– an. Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückbezahlung des vollen ausgelegten Geldes, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als anderswo sind.

10 Prozent Preisermäßigung auf alle Bestellungen über Mk. 20.–. Auf besonderen Wunsch werden an Stelle der 10% lohnende Waren kostenlos abgegeben: schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 1 solide, haltbare Schlafdecke oder 6 Meter zurückgesetzte Stoffe.

Jos. Wilh. Weiden 84 Opl. Eigene mechan. Weberei. Ältestes u. größtes Spezial-Versandgeschäft d. Art Deutschlands.

[illegible] Berlin SW 11 [illegible] Berlin SW 11